112. Donnerstag den 16. Mai 1861. 112.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 16. Mai. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Gerichts-Assessor Karl Gustav Puhlmann zum Garnison-Auditeur in Kosel zu ernennen; dem Appellationsgerichts-Sekretär Bergmann in Halberstadt den Charakter als Kanzleirath und dem Kreisgerichts-Salarien- und Depositial-Kassen-Rendanten Seelisch in Mühlhausen den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen; so wie an Stelle des auf sein Gesuch entlassenen bisherigen Konsuls Karl Schölvinck in Leer den dortigen Kaufmann Anton Schölvinck zum Konsul daselbst zu ernennen.

Der Königliche Kreisbaumeister Albrecht zu Kosten ist zum Königlichen Bauinspektor ernannt und demselben die Landbau-Inspektorstelle zu Oppeln verliehen worden.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich Karl von Preußen ist von Wriezen und Straußberg hier eingetroffen.

Telegramme der Posener Zeitung.

London, Mittwoch 15. Mai. Eine königliche Proklamation befiehlt den Unterthanen die Beobachtung der Neutralität in dem amerikanischen Konflikt und Nichttheilnahme am Kriege; im entgegengesetzten Falle würde die englische Regierung denselben keinen Schutz gewähren.

Paris, Mittwoch 15. Mai. Ueber Marseille hier eingetroffene Nachrichten aus Konstantinopel vom 8. d. melden, daß die dortigen Finanzzustände fortdauernd schlecht seien und die Bewegung zunehme.

(Eingeg. 16. Mai 8 Uhr Vormittags.)

Posen, 16. Mai.

Unter allen parlamentarischen Ereignissen der letzten Jahre, seit Einsetzung der Regentschaft, ist kaum eines im ganzen Lande mit größerem Beifall begrüßt worden, als das Votum, durch welches das Herrenhaus endlich der Grundsteuerreform die bisher so hartnäckig versagte Zustimmung gab. In der That ist das Ereigniß nach vielen Richtungen hin von tiefgreifender Bedeutung, nicht bloß weil es eine zum dringendsten Bedürfniß gewordene Verbesserung unseres Steuerwesens von dem letzten Hemmniß befreit, sondern auch weil es einen Wendepunkt, und zwar einen überaus erfreulichen in dem ganzen parlamentarischen Leben unseres jungen Verfassungsstaates bezeichnet. Einige kurze Bemerkungen werden genügen, um die Wichtigkeit der Sache näher anzudeuten.

Zunächst ist es von hohem Werthe, daß die Gesetzesvorlagen selbst, welchen das Herrenhaus jüngst ein zustimmendes Votum gab, endlich die erforderliche parlamentarische Sanktion erhalten haben und somit zur Einführung in die Wirklichkeit reif geworden sind. Schon früher haben wir darauf hingewiesen, von wie großer Bedeutung nicht bloß für unser Steuerwesen, sondern auch für den ganzen Gang unserer Staatsmaschine dieselben sich darstellen. Es galt in erster Linie, ein System der Ungleichheit und somit der Ungerechtigkeit in der Besteuerung des Grundbesitzes aufzuheben, durch welches die kleinen Eigenthümer im Vergleich zu den großen, einzelne Provinzen zu Gunsten der übrigen in drückender Weise belastet waren, so daß die Ungerechtigkeit gleichzeitig als eine Quelle von Schwierigkeiten, Verwirrungen und Parteihader erkannt werden mußte. Deshalb war es seit einem halben Jahrhundert das konsequente Streben aller Regenten und aller mit den wirthschaftlichen und moralischen Bedürfnissen des preußischen Volkes wirklich vertrauten Staatsmänner, dem Grundsteuerwesen durch Aufhebung der Befreiungen und Bevorzugungen eine vernünftige, gerechte, den patriotischen, wie den Finanzinteressen des Staates gleich entsprechende Grundlage zu geben. Nun war aber die seit fünf Jahrzehnten unablässig verfolgte und doch nie gelöste Aufgabe in der Gegenwart zu einem Bedürfniß geworden, dessen Befriedigung die Regierung zu einem wesentlichen Bestandtheile ihres Programms gemacht hatte. Die im Hinblick auf die politische Lage Europa's und die besondere Stellung Preußens als unumgänglich erkannte Verstärkung unserer Streitkräfte ist nur mit einem beträchtlich erhöhten Aufwand von Geldmitteln herzustellen. Andererseits sind die Steuerkräfte des Landes im Allgemeinen schon so stark in Anspruch genommen, daß an eine Vermehrung der regelmäßigen Jahresausgaben billigerweise nicht gedacht werden konnte, wenn nicht der in Aussicht genommene Zufluß aus der Grundsteuerreform für die Zukunft die nöthige Deckung in Bereitschaft stellt. So war die Grundsteuerreform, schon an sich ein ungestüm pochendes Bedürfniß, nebenbei noch zur unerläßlichen Vorbedingung der neuen Armeeorganisation geworden.

Dennoch finden wir in dem eigentlichen Gegenstande der Abstimmung das minder Bedeutende. Von überragender Wichtigkeit ist das Votum selbst, durch welches das Herrenhaus nach langem Zwiespalt dem Abgeordnetenhause und der Regierung die Hand zur Versöhnung bot. Im gegenwärtigen Augenblicke handelt es sich um mehr, als um eine Frage des Steuersystems und des Kriegswesens; es mußte sich jetzt herausstellen, ob unser Herrenhaus überhaupt geeignet sei, aus hartnäckigster Einseitigkeit herauszutreten und ein nützliches Glied in dem parlamentarischen Organismus unseres Vaterlandes zu werden. Wenn man überhaupt die Ersprießlichkeit des Zweikammersystems anerkennt, und sich der Thatsache nicht verschließt, daß unser Herrenhaus nun einmal einen gesetzlichen Faktor unseres Verfassungsorganismus bildet, so mußte man das Gelingen dieses Experiments aufrichtig herbeiwünschen. Als möglich und lebensfähig konnte das Herrenhaus nur erscheinen, wenn es die Anmaßung aufgab, dem Staatsinteresse abstrakte Prinzipienreiterei entgegenzusetzen, jeden Fortschritt der Gesetzgebung zu hemmen und sich statt zu einer Stütze, zu einem Widersacher des Thrones zu machen. Durch das jüngste Votum ist das Herrenhaus endlich aus der falschen Bahn herausgetreten; es hat den Cliquengeist verleugnet, um den Anforderungen der patriotischen und monarchischen Interessen zu genügen. Nur wenn es auf diesem Wege fortgeht, kann es dem Lande nützen und sich die Achtung der Nation erwerben.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 15. Mai. [Vom Hofe.] Der König fuhr heute früh ½8 Uhr nach Potsdam, um dort die 1. Garde-Kavallerie-Brigade zu besichtigen. Um 11 Uhr nach Berlin zurückgekehrt, nahm Allerhöchstderselbe den Vortrag des Geh. Kabinets-Raths Illaire entgegen und empfing um 2 Uhr den General-Lieutenant Fürsten Heinrich LXVII. von Reuß-Schleiz. — Der Kronprinz, die Prinzen Karl, Albrecht und Prinz August von Württemberg fuhren heute Morgens 7½ Uhr nach Potsdam, wohnten der Besichtigung der 1. Garde-Kavallerie-Brigade auf dem Bornstädter Felde bei und kehrten um 11 Uhr wieder nach Berlin zurück.

— [Polnische Agitation.] Man schreibt der „N. P. Z." von der Weichsel: Die polnische Agitation, welche seit zwei Jahren auch nach Westpreußen übertragen worden, hat sich in dem Städtchen Kulm ein Hauptquartier und in den kleinen Zeitschriften „Nadwislanin" und „Przyjaciel ludu", von je 1100 Abonnenten, ihre Organe geschaffen. Der Redakteur des „Nadwislanin", Ignacy Danielewski, ist das erkorne Gefäß, in dem der sarmatische Patriotismus zum Ausdrucke kommt, auch Arrangeur und Dichter der durch die Indiskretion eines Schneiders bekannt gewordenen „Mordgeschichten aus Polens Revolutionen", zum Leierkasten zu singen von vagabondirenden Agenten zur Belehrung und besondern Gemüthsberuhigung des preußischen Landvolks polnischer Zunge. Eben jetzt hat der Staatsanwalt in Kulm die Hand auf eine ähnliche Poesie gelegt, eine Art Kirchenlied für die in Warschau Gefallenen, zu singen bei den noch immer ohne Scheu, aber auch fast ohne Theilnahme veranstalteten Trauerandachten. Leider hat man katholische Geistliche im Verdacht, der Agitation nicht fremd geblieben zu sein. Der erste, freilich bald aus Kulm entfernte Redakteur des „Przyjaciel" war ein Kaplan, und der Abgeordnete für Loebau, Domherr Klingenberg, wird als Verfasser der westpreußisch-polnischen Sprachpetition bezeichnet. Der Bischof v. d. Marwitz zu Pelplin tritt diesem Treiben übrigens mit Ernst und Energie entgegen und die ganze Agitation hier an der Weichsel ist ohne materiellen und sittlichen Halt. Selbst Kulm hat in der Stadt unter 7000 Einwohnern nur 3000 und im Kreise unter 46,000 Einwohnern nur 22,000 Polen und von den 76 Rittergütern des Kreises befinden sich nur 11 in polnischem Besitz. Von einem polnischen Staat, der früher existirt hat oder später existiren könnte, giebt es bei den Bauern und Tagelöhnern auch in polnischen Distrikten keine Vorstellung mehr; ihr Gesichtskreis ist beschränkt und ihre einzige politische Idee das preußische Militär- und Landwehrinstitut, das nun schon drei Generationen erzogen hat. In den durchaus deutschen Städten kümmert man sich natürlich um die ganze Sache nicht, und auch in Kulm, das nächstens eine kleine Garnison erhalten wird, dürfte damit der ganze Spuk verschwinden.

Stettin, 15. Mai. [Entsetzlicher Mord.] In der Nacht vom 10. zum 11. d. ist ½ Meile von Lippehne auf der Chursdorfer Windmühle der Besitzer mit seiner Frau, 3 Kindern (11, 9 und 5 Jahre alt) nebst einem Dienstmädchen ermordet worden. Es sind der Spur nach zwei Männer durch das Kellerfenster in das Haus gedrungen und haben sämmtliche Personen mit einer Axt erschlagen. Mit Ausnahme des neunjährigen Kindes, welches wahrscheinlich erwacht zu fliehen versucht hatte und im Zimmer mit zerschlagenem Schädel gefunden wurde, lagen alle ermordet in ihren Betten. (Ostſ. Z.)

Oestreich. Wien, 13. Mai. [Audienz der serbischen Deputation.] Die Deputation des serbischen Nationalkongresses hatte am 11. d. Audienz beim Kaiser, um dem Monarchen für die Bewilligung des Kongresses den Dank des serbischen Volkes auszusprechen und die Bitte zu stellen, daß die Beschlüsse des Kongresses im Wege der Gesetzgebung ihre Erfüllung erhalten. Der Kaiser ertheilte der Deputation, die vom Bischof Kengjelac mit einer die Loyalität des serbischen Volkes und die Staatseinheit betonenden Ansprache vorgeführt wurde, folgende Antwort: „In dem Augenblicke, als Ich die Wiedereinverleibung der serbischen Wojwodschaft ausgesprochen, habe Ich besonders auch den Wunsch gehabt, die verbrieften serbischen Privilegialrechte, besonders jene, die sich auf die Nationalität und Sprache beziehen, gekräftigt zu sehen. Zu diesem Ende habe Ich den serbischen Kongreß bewilligt, und Ich bin sehr erkenntlich für die Loyalität, mit welcher der Kongreß diese Aufgabe gelöst hat. Der Kommissar hat Mir bereits das Operat (die Beschlüsse und die Adresse des Kongresses) übergeben, und Ich habe schon die nöthige Weisung ertheilt, damit dasselbe geprüft und im gesetzlichen Wege zum Abschlusse geführt werde. Da Sie aber in dieser Ansprache die Einheit des Staates berührt haben, so hoffe Ich, daß die serbische Nation, die sich stets treu und loyal bewiesen hat, auch jetzt im Falle der Nothwendigkeit zu allen Opfern bereit sein wird."

— [Tagesnotizen.] „Ost und West" erfährt aus verläßlicher Quelle, daß die Abdikations-Urkunden des Königs Ferdinand V. und des Erzherzogs Franz Karl am 7. d. M. nach Agram abgegangen sind, um auf dem dortigen Landtage publizirt zu werden. Die Regierung hat demnach aufgehört, Kroatien und Slavonien als Erbländer zu behandeln und der kroatisch-slavonische Landtag wäre somit als selbständig anerkannt. — Das Memorandum des serbischen Nationalkongresses ist dem Staatsministerium und der Hofkanzlei mitgetheilt worden. Der Wiener Korrespondent des „Sürgöny" schreibt hierüber: „Wie ich höre, hat die Hofkanzlei ihr Exemplar der ungarischen Statthalterei überschickt, ohne in dieser Angelegenheit mit dem Staatsminister konferirt zu haben. Die ungarische Hofkanzlei ist in dieser Frage, wie es scheint, entschlossen, jeden konstitutionswidrigen Einfluß fern zu halten." — Der Sitz, welchen Teleky auf der Deputirtenbank eingenommen, soll einem in der neulichen Konferenz des Unterhauses gefaßten Beschlusse zufolge während der ganzen Dauer der Session leer bleiben. — Aus Großwardein schreibt man dem „Pesti Naplo": Die Steuereintreibung wurde am 5. d. in unserer Stadt und in einigen Orten des Komitats in Angriff genommen. Bisher sind nur Aufforderungen zum Zahlen ergangen. „Wie wir hören", bemerkt das ungarische Blatt, „haben einige unserer Mitbürger, welche an den Wällen der Verfassung, Einlaß begehrend, pochen, sich beeilt zu zahlen, damit von Seiten der Gewalt ihre gehorsame Anhänglichkeit nicht in Zweifel gezogen werde, obwohl man in Großwardein als Termin der freiwilligen Zahlung den 28. d. eingeräumt hat."

Wien, 14. Mai. [Antwort auf die Adresse des Unterhauses.] In der Beantwortung des Kaisers bei Ueberreichung der Adresse des Unterhauses heißt es unter Anderem: Der Anlaß, welcher das Abgeordnetenhaus zu Mir führt, ist Mir wahrhaft erfreulich. Die Adresse hat nicht nur den Werth einer persönlichen Kundgebung der Loyalität und des Patriotismus, sondern auch die Bedeutung, welche ihr die Eigenschaft verleiht, in welcher Sie hier versammelt sind. Dieselbe hier ausgesprochene patriotische Gesinnung lebt, Ich bin es überzeugt, im Herzen der Bevölkerung aller Meiner Königreiche und Länder. Wo ein so starkes Gefühl die Bevölkerungen gemeinsam durchdringt, wird auch die ruhige Verständigung ihrer Vertreter nicht ausbleiben. Darum vertraue Ich mit Zuversicht auf den glücklichen Erfolg Ihres Wirkens.

Pesth, 13. Mai. [Deak's Rede.] Der Entwurf der Rede, welche Deak (wie telegraphisch gemeldet) heute gehalten, ist schon früher bekannt geworden. Wir entnehmen ihm Folgendes: Es sind darin die Fragen aufgestellt: 1) was muß der Landtag sagen, 2) an wen wird er sich wenden, 3) unter welcher Form. Der Adreßentwurf antwortet auf die erste Frage. Er drängt auf die konstitutionelle Unabhängigkeit Ungarns, deren einziges Band mit der östreichischen Monarchie ihren Ausdruck in der Identität des regierenden Hauses, in der Personalunion findet. Man suche vergebens in den ungarischen Grundgesetzen die Spuren einer wirklichen Union. Deak beweist das durch mehrere Citate, aus denen sich die unversöhnlichen Unterschiede zwischen den Staatseinrichtungen in Ungarn und den übrigen östreichischen Kronländern ergeben. So ist z. B. im Fall der Minderjährigkeit des Königs in Ungarn der Palatinus Regent, während in den übrigen Kronländern der nächste Verwandte von väterlicher Seite des jungen Kaisers es ist. Im Fall des Erlöschens der Dynastie, selbst in der weiblichen Linie, hat Ungarn das Recht, sich einen König zu wählen, und die Monarchie löst sich auf, da sie nur durch die Gemeinschaft des regierenden Hauses aufrecht erhalten wird. Der Entwurf verlangt schließlich die thatsächliche Herstellung der vollständigen Konstitution. Er sagt: „Der König von Ungarn wird nur durch die Krönung legitimer König. Nun ist die Krönung Bedingungen unterworfen, welche durch das Gesetz vorgeschrieben sind und die im Voraus unumgänglich nothwendig erfüllt sein müssen. Die unverletzte Erhaltung unserer konstitutionellen Unabhängigkeit, die territoriale und politische Unabhängigkeit des Landes, die vollständige Wiedereinsetzung des Landtags, die gänzliche Wiederherstellung unserer Grundgesetze, unserer parlamentarischen Regierung, unseres verantwortlichen Ministeriums; die Abschaffung aller Wirkungen des absoluten Regime, das sind die Vorbedingungen, ohne welche die Berathung und das Einverständniß in gleicher Weise unmöglich sind." Was den zweiten Punkt anbetrifft, so empfiehlt Deak das Wort an Den zu richten, welcher den Landtag einberuft und die Macht hat, ihn zu vervollständigen, an den Kaiser Franz Joseph. Hinsichtlich des dritten Punktes bekämpft er die Form eines Beschlusses und empfiehlt die einer Adresse, weil kein Landtag seine Arbeiten mit einem Beschlusse beginne, es sei denn, daß sich zwei bewaffnete Parteien gegenüberständen, welche die Feindseligkeiten eröffnen wollten. Obwohl die Abdankung Ferdinands V. Ungarns nicht besonders erwähne, so gelte sie nach der pragmatischen Sanktion doch auch für dieses Königreich und der von den Erbländern und Europa anerkannte Kaiser Franz Joseph müsse auch von Ungarn anerkannt sein. Deak ladet daher die Kammer ein, die Form eine Adresse an Se. Maj. anzunehmen.

Lemberg, 12. Mai. [Volksjustiz gegen einen Landtagsabgeordneten.] Man wird sich erinnern, daß der Landtagsabgeordnete Zachorojko aus Busk, ein ruthenischer Bauer von echtem Kaliber, bald in der ersten Sitzung des galizischen Landtags dem Begehren der Bauern nach dem Besitze der Wälder und Wiesen, die sich größtentheils in den Händen des Adels befinden, Ausdruck gegeben hat. Man belehrte ihn indeß eines Andern und Zachorojko schwieg seitdem immer. Nun ist er nach Hause zurückgekehrt. Seine Wähler, die schon im Jahre 1849 einen Prozeß wegen einer großen Wiesenfläche verloren und damals eine kleine Revolution gemacht hatten, welche mehrere Bauern auf lange Jahre ins Gefängniß führte, beriefen also eine Versammlung ein, in welcher Zachorojko über das, was er ausgerichtet, Rechenschaft legen sollte. Als der Deputirte das erwartete „Papier mit dem großen kaiserlichen Siegel", die neuen Besitztitel über die Wälder und Wiesen, nicht produzirte, und als man erfuhr, daß Bauern und Herren

bis nach Wien gegangen seien, da entbrannte der Zorn der Wählerschaft gegen ihren Deputirten. Vergeblich suchte dieser zu beweisen, daß er nicht nach Wien gegangen, weil man ihn nicht in den Reichsrath gewählt habe; man sagte ihm, daß er seine Wirthschaftsangelegenheiten und seine Frau seiner Pflicht vorgezogen habe. Das Ende war, daß eine Art Kriegsgericht über Zachorojko niedergesetzt wurde, das ihn schließlich zu 48 Stockstreichen verurtheilte, welcher Spruch alsbald vollzogen wurde.

Schleswig, 12. Mai. [Volksversammlung.] Vor einigen Tagen hat in dem Flecken Lygumkloster eine Volksversammlung stattgefunden, deren Berufer ein Votum für die Inkorporation des Herzogthums Schleswig beantragten. Wenn die Deutschgesinnten einen Antrag auf die Verbindung mit Deutschland gestellt hätten, wäre natürlich ein Hochverrathsprozeß die offizielle Antwort darauf gewesen; aber jene Motion, die um kein Haar breit weniger von dem angenommenen staatsrechtlichen Zustande abweicht, durfte ungestört durch den Trunkenbold Laurids Skau und ein paar fanatische Schulmeister vertheidigt werden. Von dem Cynismus, womit der genannte eiderdänische Söldling (daß die dänische Staatskasse schon seit einigen Jahren seine sonst bankerotte Wirthschaft über Wasser hält, ist notorisch) sich über den Sprachzwang äußerte, kann man sich keinen Begriff machen. Es fehlte aber auch nicht an Männern, welche die Lüge eines Systems, das, mit der Freiheit im Munde, den Sprachenzwang vertheidigt, in ihrer Unverschämtheit aufdeckten, und zwar geschah dies von Leuten, denen deutsche Sympathien in politischer Beziehung gänzlich fremd sind. Die dänischen Blätter ziehen über den Gang der Verhandlungen zu Lögomkloster, wie sie den Ort verballhornt nennen, schiefe Gesichter, denn sie wissen recht gut, daß der dänische Schleswiger selbst in seiner innersten Seele von dem Zwange und Drucke der Sprachwirthschaft nichts wissen will; aber nichtsdestoweniger wird für das Ausland die Unwahrheit festgehalten, daß sich der dänische Schleswiger durch die Deutschen im Herzogthume bedrückt fühle. Wir wollen immerhin von der Aeußerung Akt nehmen, die Laurids Skau entschlüpfte, daß eine Abstimmung in den gemischten Distrikten (d. h. Distrikten, welche willkürlich von den Dänen so behandelt werden) die entschiedenste Niederlage für das dänische Prinzip sein würde. Bekanntlich haben die schleswigschen Stände diese Entscheidung schon vor Jahren gefordert. Laurids Skau's Protest dagegen zeigt aber, daß seit all der Zeit die dänische Sprache nicht an Freunden gewonnen hat. In einem Angler Kirchspiel, Norderbrarup, macht der dänische Prediger die Sache einfach dadurch ab, daß er sich und dem Küster den Gottesdienst an den „dänischen" Sonntagen schenkt und vor dem stummen suffrage universel des Nichterscheinens seiner Pfarrkinder den Platz räumt. (K. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 13. Mai. [Tagesnotizen.] Dem Prinzen von Wales ist vorgestern in Cambridge ein kleiner Unfall zugestoßen. Als er mit seinem Stallmeister, dem Obersten Grey, auf dem dortigen Flüßchen Cam ruderte, schlug das Boot um und beide Herren fielen ins Wasser. Hülfe war rasch bei der Hand, und sie kamen mit der Unannehmlichkeit des kalten Bades davon. — Die dem Lordmayor zugegangenen Beiträge für die Nothleidenden in Indien beliefen sich zu Ende der Woche auf 88,000 Pfd. St. Er hofft die Summe auf 100,000 Pfd. St. vervollständigen zu können. — Aus allen Theilen des Landes kommen bittere Klagen über den Stand der Saaten, zumal der Kartoffeln und Obstbäume. Scharfe Fröste, wie sie um diese Jahreszeit kaum erhört sind, haben großen Schaden angerichtet; und wofern nicht bald warmes Wetter eintritt, wird er kaum einzubringen sein. In vielen südlichen Grafschaften ist die letzten Nächte über Schnee gefallen, ja in Glocestershire hatte sich auf den Teichen eine ganz ansehnliche Eisrinde gebildet. — Ein paar hundert englische Arbeiter werden die Pfingstfeiertage zu einem Ausfluge nach Paris benutzen. Layard und Peto, die sie in diesem Vorhaben unterstützen, thaten es unter der Bedingung, daß dabei jede Art politischer Demonstration aus dem Spiel bleibe. Die betreffenden Eisenbahnkompagnien unterstützen den Ausflug ihrerseits durch spottbillige Fahrpreise. — Bei dem 72. Jahresfeste des hiesigen Royal Literary Fund wird diesmal der Herzog von Aumale den Vorsitz führen.

— [Ein Verrückter im Unterhause.] Das ultraprotestantische Wochenblatt „The Record" macht die Mittheilung, die Tories hätten bei der letzten entscheidenden Abstimmung über das Budget eines ihrer Mitglieder, das sich in einem Irrenhause befindet, aus diesem nach dem Unterhause geschleppt, es mit stimmen lassen und gleich darauf nach der Irrenanstalt zurücktransportirt. Der Kasus sei den Irrenhauskommissarien zu Ohren gekommen, die auch sofort eine Untersuchung eingeleitet hätten. Ob das Geschichtchen wahr ist, mag dahingestellt bleiben. „Daily News" bemerkt dazu einfach: „Weßhalb sollte nicht ein Wahnsinniger gegen das Budget stimmen, nachdem so viele Irrsinnige dagegen gesprochen haben?" Auch der „Morning Star" thut des Vorfalles Erwähnung. Er schreibt: „Sein Zustand ist nicht so schlimm, daß er nicht Zeitungen läse, nicht wüßte, daß er Parlamentsmitglied ist, und deshalb darauf bestanden hätte, sein Votum abzugeben, was ihm denn auch, sei es durch die Willfährigkeit des Aufsehers der Anstalt, oder durch Bestechung seines besonderen Wärters (Letzteres soll, wie ich höre, der Fall gewesen sein) gelang. Daß ihn aber seine Partei hingeschleppt haben sollte, ist eben so unwahr, wie unsinnig. Donnerstag Abend sollte, wie ich höre, Herr Roebuck die Angelegenheit im Unterhause zur Sprache bringen, that es jedoch nicht, und zwar aus einem hinlänglich begreiflichen Grunde. Das Haus kann in solchen Fällen nichts thun, und ich bezweifle, ob es die Einmischung des Herrn Roebuck hätte als berechtigt anerkennen können. Trotzdem ist ein solcher Stand der Dinge nichts weniger als befriedigend, und wenn man bedenkt, daß wir noch einen anderen Volksvertreter haben, der ohne Zweifel verrückt ist (Lord Adolphus Vane Tempest) und doch, zum wenigsten rechtlich, seinen Platz im Hause der Gemeinen noch inne hat, so sollte man meinen, die Satzungen des Parlaments müßten in dieser Hinsicht verbessert werden."

Frankreich.

Paris, 13. Mai. [Tagesnotizen.] General Miramon Expräsident von Mexiko, ist hier eingetroffen. — Die wegen der Aumale'schen Broschüre verurtheilten Herren Dumineray und Beau haben gegen das Erkenntniß nicht appellirt. — Der von seinem Präfekten abgesetzte Maire von Rennes hat jetzt eine vom Munizipalrathe einstimmig votirte Adresse erhalten, worin ihm für seine sechsjährige Amtsführung gedankt wird. — Marquis Demoustier hat Depeschen aus Wien eingeschickt, aus denen hervorginge, daß Oestreich vorläufig noch an kein Aufgeben von Venetien, auf welchem Wege immer, denkt. Die k. k. Regierung soll nämlich beschlossen haben, das berühmte Viereck in ein Fünfeck zu verwandeln, indem sie Padua zu einer Festung ersten Ranges erhöbe. Es würde also künftig Mantua der Eckpfeiler eines Vertheidigungssystems werden, das gegen den Mincio hin Peschiera und Verona, gegen den Po hin Legnano, Padua und Venedig umfaßt. — Den 21. Mai beginnt die Emission von 240 Millionen Eisenbahnobligationen durch die Bank. — Ein Adjutant Omer Pascha's, Oberstlieutenant Osman Pascha, ist mit besonderen Aufträgen hier angekommen. — Maler Goldschmidt in Paris, welcher durch seine astronomischen Forschungen und Entdeckungen, bei sehr mangelhaften Hülfsquellen, schon manchen Fachgelehrten beschämt hat, hat jetzt einen neunten Satelliten des Saturn gefunden, über welche Entdeckung in der letzten öffentlichen Sitzung der französischen Akademie Berichtet erstattet wurde.

Paris, 15. Mai. [Telegr.] Der Senat hat gestern auf den Wunsch Billaults die Diskussion über die syrische Angelegenheit auf heute vertagt. Gestern ist die Diskussion sehr lebhaft gewesen. — Aus Toulon wird gemeldet, daß das ganze Geschwader nach Toulon zurückberufen und der Befehl ertheilt worden sei, dasselbe solle sich mit sämmtlichen Dampftransportschiffen zum 20. d. segelfertig machen.

Italien.

Turin, 12. Mai. [Die Reaktion in Neapel.] Graf San Martino, welcher am Donnerstag von Genua auf seinen Posten in Neapel abgeht, ist mit den Vollmachten eines General-Statthalters ausgerüstet. Man erwartet von ihm ein energisches, aber gerechtes Regiment und schickt ihm zu diesem Zwecke die nöthigen Streitkräfte voraus. Die italienische Regierung befestigt sich zwar mit jedem Tage mehr im Neapolitanischen; zugleich stellt es sich aber auch mehr und mehr heraus, daß der Hof in Albano durchs ganze Land Verbindungen unterhält, welche zwar zu einem Umsturze zu schwach, aber ganz geeignet sind, die Gemüther nicht zur Ruhe kommen zu lassen. „Die Verbindung zwischen Priestern und heimgekehrten Soldaten, die Geldsummen, welche man bei den Verhafteten fand, die Anwesenheit von ehemaligen Polizeibeamten bei den Banden, diese und viele andere Beweise, welche die Sicherheitsbehörden in Händen haben, sprechen dafür, daß Franz II. oder die Emigration in seiner Umgebung die letzten Unruhen angezettelt hat", schreibt der neapolitanische Korrespondent der „Indépendance"; „aber diesmal haben die Bergbewohner dem Aufrufe nicht Folge geleistet. Die Banden haben zwar die Gemeindegüter mit Geldbußen heimgesucht, sie haben auch einzelne Helfershelfer gefunden; in Carbonara gewannen sie sogar die Nationalgarde für sich; aber ihre Erfolge hatten auch nicht die geringste Aehnlichkeit mit den Erhebungen ganzer Bevölkerungen, wie zu Anfang des Jahrhunderts gegen die Franzosen. Die Jugend des Landes eilte zu Fuß und zu Roß herbei, um mit der Nationalgarde die Räuber zu vertreiben. Die regulären Truppen wurden überall, wo sie erschienen, fetirt. Trotz alledem aber ist die Reaktion in Rom thätiger als je; die vertriebenen Reaktionäre und Soldaten kehren nach Rom zurück und bringen ihre Beute in Gewahrsam, dann erscheinen sie vereinzelt oder in Haufen wieder an der Grenze, und das Spiel beginnt von Neuem."

— [Gefecht mit den Bourbonisten bei Fondi.] Eine Korrespondenz der Pariser „Presse" aus Itri (Provinz Neapel) vom 7. Mai enthält folgendes Nähere über das Gefecht bei Fondi: „Am 3. in der Frühe rückten zwei Banden aus dem Römischen gegen Fondi. Sie waren zusammen 700 Mann stark und hatten den berüchtigten Banditen Chiavone, den Priester Rochetti und den berühmten Balducci, einen der grausamsten Agenten Maniscalco's, zu Anführern. In Fondi befanden sich nur eine kleine Abtheilung Piemontesen und einige Kompagnien schlecht bewaffneter Nationalgarden. Obgleich die Garnison sehr schwach war, dachte sie doch an keinen Rückzug, und der tapfere Offizier, welcher sie befehligte, bat den Ortsvorsteher, die Sturmglocke läuten zu lassen, und sagte ihm, daß, wenn ihm die Nationalgarde beistände, er die Stadt nach Kräften bis zur Ankunft von Verstärkung vertheidigen würde. Die Nationalgarde erklärte sich hierzu bereit, und bald waren alle Anstalten zur Vertheidigung getroffen. Um 2 Uhr erschien die von Chiavone befehligte Bande vor der Stadt und eröffnete das Feuer gegen die piemontesischen Vorposten. Durch die mittlerweile herbeigeeilte zweite Bande verstärkt, gelang es ihr, die erste Vertheidigungslinie der Piemontesen zu durchbrechen und letztere, welche sich zurückgezogen, zu umzingeln. Vier Stunden lang hielten die Piemontesen Stand. Erst nachdem der piemontesische Offizier, ein Korporal und etwa 30 Soldaten und Nationalgardisten kampfunfähig geworden waren, zogen sie sich nach Itri zurück. Die Bourbonisten überließen sich in Fondi allen Plünderungs- und Mordscenen, welche ihnen eigenthümlich sind. Der unglückliche Ortsvorsteher, welcher seine alte Mutter nicht verlassen wollte, wurde nebst einigen anderen zurückgebliebenen Personen umgebracht. Sobald die Nachricht von diesem Angriff in Gaëta und Neapel bekannt wurde, beeilte man sich, beträchtliche Streitkräfte auf Fondi zu dirigiren. Sonntag den 5. wurden die Insurgenten von den italienischen Truppen angegriffen und nach zweistündigem Kampfe in die Flucht geschlagen. Chiavone soll sich unter den Todten befunden haben und der Priester Rochetti schwer verwundet den Nationalgarden in die Hände gefallen sein, welche ihn sogleich füsilirten."

— [Aushebung in Sicilien; das Schreiben Mancini's an den Erzbischof von Neapel.] Auch für Sicilien ist wie für die festländischen neapolitanischen Provinzen ein Gesetzentwurf von der Regierung eingebracht worden, welcher die Ermächtigung zur Aushebung von 6800 Mann vorschlägt. Dort dürften die Schwierigkeiten noch größer sein, da die Sicilianer an solche Aushebung nicht gewöhnt sind, wie denn auch alle bisherigen Versuche scheiterten. Doch hat die Regierung bereits geeignete Maaßregeln getroffen, um die Ausführung zu sichern. In allen Distriktshauptorten wurden lokale Militärkommandos errichtet, und die entsprechenden Stellen an Offiziere aus Oberitalien verliehen, welche mit diesen Operationen aus langer Praxis betraut sind und dabei die nöthige Energie und Sachkenntniß besitzen. — Die „Opinione" bringt den Brief, den der mit den Kultusangelegenheiten zu Neapel beauftragte Generalsekretär Mancini an den dortigen Erzbischof richtete (s. Nr. 106). Dieses Schreiben ist sehr geschickt abgefaßt und wird mit seiner Darstellung des regierungsfeindlichen Verfahrens des Erzbischofes nicht verfehlen, einen sehr günstigen Eindruck auszuüben. Der Erzbischof erscheint darin der Regierung gegenüber, die sich auf die Seite der Bildung, der Mäßigung und der wahren Religiösität stellte, als ein unwissender Fanatiker. Der Brief schließt mit der ernsten Mahnung an den Erzbischof, künftig in seinen Beziehungen zur weltlichen Macht bessere Gefühle obwalten zu lassen, und mit Hindeutung auf die Strenge der Gesetze, falls diese Meinung nicht beachtet werden sollte. (N. Z.)

— [Schreiben Garibaldi's an den Arbeiterverein in Neapel.] Garibaldi hat unterm 28. April von dem Landgute seines Freundes, des Obersten Trecchi, welches in der Nähe von Parma liegt, einen Brief an den Arbeiterverein von Neapel gerichtet: An die neapolitanische Arbeitergesellschaft. Ich nehme mit Dank den Ehrentitel eines lebenslänglichen Ehrenpräsidenten der neapolitanischen Arbeitergesellschaft an. Ihr seid der Hauptmittelpunkt der Bevölkerung der Halbinsel, und Ihr sollet an der Spitze der kräftigen und arbeitsamen Klasse aller Völker Italiens marschiren, deren starke, gegenseitige Solidarität diese unauflösbare Einheit befestigen soll. Es ist dies die einzige Grundlage der Freiheit und der Wohlfahrt des Vaterlandes. Christus hat die Grundlagen der Gleichheit zwischen den Menschen und Völkern gelegt, und wir sollen gute Christen sein. Aber wir würden eine Gottlosigkeit (sacrilége) begehen, wenn wir in der Religion der Priester zu Rom fortwandeln wollten. Sie sind die grimmigsten Feinde Italiens. . . . Deshalb um jeden Preis den Rè galantuomo; aber hinaus mit den Vipern der ewigen Stadt, mit welchem die italienische Einheit unmöglich wird! Das ist, was ich für heute Euch mitzutheilen habe. Ueberall, wo ich in Zukunft den Söhnen des Volkes dienen kann, werde ich mit Leib und Seele mit Euch sein. Euer G. Garibaldi.

Spanien.

Madrid, 12. Mai. [Englisches Geschwader; die marokkanische Kriegsentschädigung.] England schickt ein Geschwader nach Gibraltar. — Die marokkanische Regierung hat eine demüthige Vorstellung an die spanische gerichtet, worin sie die Schwierigkeit entwickelt, zu Ende des Mai schon die Gesammtsumme der Kriegsentschädigung zu zahlen; sie verspricht aber, daß sie ihr Möglichstes thun und so viel Geld zahlen wolle, als sie nur aufzubringen im Stande sein werde.

Rußland und Polen.

⊘ Aus dem Königreich Polen, 13. Mai. [Die Parteien; zu den Untersuchungen; Waffen; die Bauernfrage.] Immer mehr stellt es sich durch die Verhöre und Aussagen der Verhafteten heraus, daß die Konspiration der Agitationspartei weit verzweigt war, so sehr diese auch alle Schuld auf die demokratische Partei zu schieben sucht, also auf eine Partei, an deren Existenz jene früher wohl nicht geglaubt hat, weil sie den für derartige Strebungen nicht besonders günstigen Boden zu genau kennt. Um so überraschender mußte es der agitirenden Adelspartei sein, als sie in ihre Strebungen, welche den Sturz der bestehenden Regierung und die Wiederherstellung der frühern polnischen Adelsmacht und Herrschaft (denn etwas Anderes kennt sie unter dem Begriff Freiheit nicht) bezweckten, ein anderes, rein demokratisches Element gedrängt sah, das ihren Tendenzen geradezu entgegen war. Merkend, daß sie dieser Bewegung, die sie um keinen Preis aufkommen lassen durfte, nicht Meister werden konnte, verließ sie die Rennbahn und überließ es der Regierung, den Aufstand zu ersticken! Nachdem diese Agitationspartei den Klerus vergeblich an sich zu ziehen und dessen Einfluß für sich zu gewinnen umsonst sich bemüht hatte, sah sie sich nicht allein gänzlich isolirt, sondern sogar in Gefahr, erdrückt zu werden, und sie fand es daher am gerathensten, mit der Regierung wieder zu liebäugeln. Der große Agitator zu Paris hat allerdings ihre Sympathien und sein Ansehn bei ihr verloren, denn sie weiß, trotz der Dementi's des „Moniteur" und der Tuilerien, nur zu gut, daß er es ist, welcher, während er ihr schmeichelte, gleichzeitig für Schürung eines andern Feuers in Polen sorgte, da es ihm nicht um sie, sondern lediglich darum zu thun war, die Zustände zu verwirren und der russischen Regierung in Polen Arbeit zu geben. Die Meinung, daß der Klerus an der Aufregung der Bauern im Königreiche einen, wenn auch vielleicht entfernten Antheil habe, gewinnt immer mehr Raum, und es liegen an mehreren Stellen bereits so viel Indizien für diese Annahme vor, daß die Regierung Anhalt genug zur Verfolgung in Händen haben dürfte. Die Militärgouverneure sollen ansehnliche Vorschüsse zur Bestreitung der Extrapostbeträge für Absendung der ihnen zu bezeichnenden politisch Kompromittirten aus ihren Bezirken erhalten haben, und es steht zu erwarten, daß die Liste der nach und nach zu Verhaftenden nicht unbedeutend sein dürfte. — In der Gegend von Wilczyn sollen Waffen über die Grenze geschmuggelt und dies der Behörde zu spät zur Anzeige gebracht worden sein. — Wie man hört, wird die Entwaffnung im Königreiche in Kurzem vor sich gehen und die Erlaubniß zur Führung von Jagdgewehren und Waffen künftig sehr beschränkt sein. — An mehreren Stellen, wo die Gutsherren mit ihren Bauern schnell eine Ablösungseinigung getroffen, haben Letztere bereits wieder dagegen Protest erhoben und sich für verkürzt erklärt. Dies beweist, wie gegründet die schon neulich ausgesprochene Meinung war, daß die Gutsbesitzer bei Uebergabe der ganzen Angelegenheit in die Hände der Regierung am Besten fahren würden. Wenn die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in Preußen und anderen Kulturländern Jahrzehnte erforderte, so kann doch nur ein ganz Unverständiger glauben, die Sache würde sich in einem Lande, wo jede Vorbildung für solche Zustände mangelt, der Standpunkt der Urtheilsfähigkeit ein sehr niedriger und die Verwickelung der Verhältnisse sehr groß ist, in wenigen Wochen reguliren lassen, selbst wenn die jetzt im Lande herrschende Aufregung und Gereiztheit der konkurrirenden Theile gegen einander gar nicht in Betracht käme.

Amerika.

Newyork, 27. April. [Die Vorgänge in Baltimore; Haltung von Kentucky und Missouri; Rüstungen 2c.] Aus Baltimore theilt die hiesige „Abendzeitung" von den Ereignissen der vorigen Woche noch mit: In den ersten Tagen nach dem bekannten Vorfall am 19. herrschte ein wahres Schreckensregiment, das viele Hundert loyaler Bürger zur Flucht zwang und die Durchreise durch die Stadt für Jeden zu einem lebensgefährlichen Wag-

niß machte. Ihren Vortheil benutzend, wiegelten die Rebellen die umliegenden Landbezirke auf und zerstörten die Brücken auf den nach Philadelphia und Harrisburg führenden Eisenbahnen, sowie die Telegraphen auf einer weiten Strecke. Ein schlecht bewaffneter, 2600 Mann starker Haufe pennsylvanischer Volkswehr besetzte zwar das 14 englische Meilen nördlich von Baltimore gelegene Cockeysville, mußte aber wegen Mangels an Waffen, Munition und Proviant schon am Montag wieder zurück. Das konnte nun, so peinlich es ist, in militärischen Nothwendigkeiten seine Entschuldigung finden. Weniger begreiflich erschien es, daß der Präsident dem Mayor von Baltimore, als er gegen weitere Truppenmärsche durch diese Stadt protestirte, das Versprechen gab, die „Gefühle" der Baltimorer Rebellen schonen zu wollen und die Bundestruppen auf einer entlegenen Route heranzuziehen. Diese Route ist die von Annapolis nach Washington 20 englische Meilen auf der Chaussee, 40 auf der Annapolis Zweigbahn und dem entsprechenden Stück der Washington-Baltimore Bahn. Nach Annapolis können die Truppen zur See die Chesapeakebai heraufgebracht werden, deren Einfahrt auf der Westseite durch die Festung Monroe, Besatzung 1300 Mann, gedeckt ist, oder durch Pennsylvanien den Susquehannah hinab, zu Wasser bei Baltimore vorbei. Den ersten Weg schlugen zwei Regimenter, 7. Newyork, 6. Massachusetts, ein, die am Sonntag von hier abgingen. Als sie am Montag Abend vor Annapolis ankamen, fanden sie die dortige Einwohnerschaft rebellisch gesinnt, so daß sie den Marsch nach Washington um so mehr bis zur Ankunft weiterer Truppen verschieben mußten, als ihre Proviantvorräthe gering waren, die Einwohner ihnen keine verkaufen wollten, und sie selbst noch zu friedlich schüchtern waren, um auf gut militärisch ihren Bedarf gewaltsam zu „requiriren". Mittlerweile sorgten sie für die Wiederherstellung der Zweig-Eisenbahn nach Annapolis Junktion und gelangten auf dieser, nachdem am Mittwoch zehn weitere Transportschiffe mit 8000 Mann Truppen und Proviantvorräthen zu Annapolis eingetroffen waren, nach Washington, wo, wie man glaubt, heute circa 14,000 Mann stehen. — Eine eigenthümliche Stellung in dem beginnenden Kampfe nehmen die Staaten Kentucky und Missouri ein. In beiden sind die Gouverneure rebellisch gesinnt, die Majorität des Volkes aber ist bundestreu. Die Ersteren haben die Truppenrequisition des Präsidenten „zur Unterjochung unserer südlichen Brüder" in rohem Tone zurückgewiesen und ihre Staaten zur Lossagung vom Bunde ermuntert. Doch, so eifrig auch die Sezessionisten (unter Breckenridge) in Kentucky wühlen, ist es ihnen wenigstens im östlichen Theile des Staats noch nicht gelungen, eine rebellische Stimmung zu erzeugen. Im Gegentheil, in Frankfort wurde am Montag eine Kompagnie Freischärler, die sich dem Rebellenpräsidenten zur Verfügung stellen wollte, mit Steinwürfen traktirt und die Bürgerschaft beschloß, keine bewaffneten Rebellen mehr durchzulassen. Kentucky möchte offenbar gern eine neutrale, abwartende Stellung bewahren. Doch dazu wird sich, wenn einmal der Kampf entbrannt ist, kein Raum finden. In Missouri ist es namentlich das mächtige St. Louis, das die Bundestreue bewahrt. Dort finden sich auch über 1500 Freiwillige, die dem Truppenaufgebot des Präsidenten entsprechen und zunächst das wichtige Arsenal, auf das die Rebellen es seit lange abgesehen haben, gegen einen Putsch zu schützen suchen. Auch im westlichen Virginien macht sich die unionistische Stimmung gegen den rebellischen Osten des Staats geltend. Man bespricht dort offen eine Losreißung von Virginien. Und in der That, wenn man West-Virginien mit Ost-Kentucky verbände, ließe sich durchaus ein vortrefflicher loyaler Staat im Herzen der Sklaverei bilden. Arkansas, Tennessee und Nord-Karolina haben sich den Rebellen ebenfalls angeschlossen. — Keine Nationalität thut es hier in Newyork der deutschen gleich. Alles, was die Waffen tragen kann und nicht durch die allergebieterischsten Pflichten gegen die Familie gezwungen ist, daheim zu bleiben, stellt sich unter die Fahne. Binnen einer halben Woche hat die Stadt Newyork und nächste Umgebung drei vollständige deutsche Regimenter gestellt, ungerechnet die uniformirten Milizregimenter, die bereits vorher bestanden. Zur Unterstützung der Familien der deutschen Freiwilligen hat sich eine Gesellschaft gebildet und folgende Herren als Komité gewählt: August Belmont, Eugene S. Ballin, R. A. Witthaus, H. Wesendonck, J. Brill, A. Weißmann, D. Ottendorfer, Forstmann, G. C. Günther und S. Kaufmann. Herr Emil Dupsing, erster Verkäufer im Tuchdepartement der bekannten deutschen Firma Christ, Jay und Co. und früher Offizier in kurhessischen Diensten, bildet ein Freikorps. — Die Kaperbriefe der Rebellen haben die Entrüstung unseres Handelsstandes gegen den Süden auf den höchsten Punkt getrieben und die von hier nach Westindien 2c. abgehenden Schiffe bewaffnen sich zum energischen Widerstande, ohne viel auf den Schutz unserer Flotte zu rechnen.

— [Ueber das Erdbeben in Mendoza] geben der „Br. Z." durch Mittheilung kaufmännischer Briefe aus Buenos-Ayres, 1. April, einige nähere Nachrichten zu. Das Erdbeben fand am 20. März Abends um $8\frac{1}{2}$ Uhr statt, nachdem den Tag über ein überaus heftiger Orkan gewüthet hatte. Gleich der erste Stoß, der etwa 3 Minuten andauerte, legte die ganze Stadt in Trümmer, es schien, als habe die Erde ihr Gleichgewicht verloren. An den folgenden zwei Tagen erfolgten noch von Zeit zu Zeit leichtere Erdstöße. 2000 Gebäude sind vollständig zerstört und von den 10,000 Einwohnern der Stadt sind 6000 ums Leben gekommen. Der Gouverneur der Provinz ist mit dem Leben davon gekommen, dagegen ist seine gesammte Familie und Dienerschaft getödtet. Nach Berichten aus der Nachbarschaft von Mendoza und von der Straße nach Chili ist zu fürchten, daß auch Chili, sowie die Städte San Luis, San Juan und andere in der argentinischen Konföderation belegene Städte arg gelitten haben. Ueberdies besorgt man, daß die Verwesung der Tausende von Leichen in Mendoza heftige Epidemien zur Folge haben dürfte, obwohl die Ueberlebenden alle Kräfte daran setzen, die Todten zu beerdigen. In Buenos-Ayres bemerkt man, daß zur Zeit des in Mendoza stattgehabten Erdbebens gegen 9 Uhr am Abende des 20. März viele Uhren plötzlich stehen blieben, und daß mehrfach Oszillationen der Pendel bemerkt wurden, die in einzelnen Fällen sogar gegen die Glasgehäuse anschlugen. (Einer Mittheilung des Prof. H. Burmeister aus Halle in der „N. Z." zufolge, dürften die obigen Angaben glücklicherweise ziemlich stark übertrieben sein. B. hielt sich vor einigen Jahren längere Zeit in Mendoza selbst auf und bestreitet auf Grund seiner Kenntniß der lokalen und sonstigen Verhältnisse die Möglichkeit eines Verlustes, namentlich an Menschenleben, in der angegebenen Höhe. D. Red.)

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 15. Mai. [28. Sitzung.] Der bereits mitgetheilte Antrag Hammers' wird in zweiter Abstimmung nochmals angenommen, worauf das Haus in der neulich abgebrochenen Berathung über den dritten Petitionsbericht fortfährt. Die betr. Petitionen sind ohne spezielleres Interesse und werden meist durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. — Hierauf beschäftigt sich das Haus mit dem Gesetzentwurf, betreffend einige Abänderungen des Gesetzes wegen Entrichtung der Gewerbesteuer. Nach einleitenden Worten des Berichterstatters Richtsteig nimmt das Wort Frhr. v. Diergardt: Die Vorlage ist eine Befriedigung wirklicher Bedürfnisse. In England giebt es keine Klassen-, keine Mahl- und Schlachtsteuer, und dennoch besteuert man dort keine Arbeit, sondern nur den Gewinn von der Arbeit, mit der Summe von jährlich 650 Thlr. beginnend. Die Vorlage soll Milderungen in der Steuerlast der Gewerbetreibenden herbeiführen, empfiehlt sich also zur Annahme. — Der Finanzminister glaubt, daß einige der Angaben über England sich anders verhalten möchten, als Vorredner angegeben. — Frhr. v. Diergardt: Französische und englische Finanzmänner haben sich ihm gegenüber dahin geäußert, daß Preußen durch irgend einen großen Nothstand, irgend eine Kalamität, sei es Krieg, sei es ausgedehnte Hungersnoth, werde gezwungen werden, sein jetziges System direkter Besteuerung mehr und mehr zu verlassen. — Herr v. Kleist-Retzow erinnert an die Berathung über die Grundsteuervorlagen, in welcher er und seine Freunde ebenfalls gegen das direkte Steuersystem sich geäußert, ohne damals bei der Majorität in Entscheidung über diese Frage die wünschenswerthe Beachtung gefunden zu haben. Was aber die Besteuerung von Aktienkapitalien betreffe, so sei dies weniger eine direkte, als vielmehr eine indirekte Steuer, welche die Aktieninhaber aus dem betreffenden Unternehmen sich zu ersetzen verstehen werden. — Nach einer thatsächlichen Berichtigung durch Frhrn. v. Diergardt hebt Hr. Hasselbach hervor, daß das Nebeneinanderstellen der Grundsteuer, der Gewerbesteuer und der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer durchaus unzulässig sei. Noch irriger sei es aber, einen Gewerbebetrieb, je nachdem er von einem Einzelnen oder von einer Gesellschaft ausgehe, eben deshalb verschieden zu besteuern, da doch nur der Umfang des Gewerbes verschieden zu besteuern sei. — Nach kurzen Aeußerungen der Herren v. Meding, Camphausen (Berlin) und des Berichterstatters wird die Generaldiskussion geschlossen. — Zur Spezialdebatte übergehend, werden die §§. 1—5 nach den Kommissionsvorschlägen, d. h. in wesentlicher Uebereinstimmung mit dem andern Hause, und zwar ohne Diskussion, angenommen. Zu dem zweiten Alinea des §. 6 hat die Kommission eine Aenderung beantragt, die aber, nachdem die Herren Regierungskommissar Meinecke, v. Kleist-Retzow, Dr. v. Zander und Ellwanger sich kurz gegen dieselbe geäußert, vom Hause abgelehnt wird. — Ohne Debatte erfolgt dann die Annahme der §§. 7—14 nach den Kommissionsanträgen, d. h. mit nur kleinen Aenderungen zu den §§. 9 und 11 nach den Beschlüssen des andern Hauses. — Zu Alinea 2 des §. 15, welches das andere Haus abweichend von der Vorlage beschlossen und die Kommission dieses Hauses in anderer Fassung vorschlägt, ergreifen das Wort für eine oder die andere Fassung die Herren Regierungskommissar Meinecke, Rummel und v. Kleist-Retzow, während Herr Camphausen (Berlin) und Herr Ellwanger prinzipaliter beantragen, den §. 15, der vom Schank- und Speisegewerbe als Nebengeschäft handle, abzulehnen, event. aber nach dem Beschlusse des andern Hauses anzunehmen, welch letzterem Antrage das Haus sich anschließt. Ohne Diskussion werden dann die §§. 17—19 nach den Beschlüssen des andern Hauses, und §§. 20—23 nach der Vorlage und darauf das Gesetz im Ganzen angenommen, die Resolution des andern Hauses abgelehnt und die beigehenden Petitionen als erledigt erklärt. — Als letzter Gegenstand der Tagesordnung folgt ein Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung des Rechtsweges, der, nach kurzer Empfehlung des Gesetzes durch den Berichterstatter v. Rabenau und Dr. Grimm, ohne Spezialdebatte in Uebereinstimmung mit dem andern Hause angenommen wird. Nächste Sitzung morgen.

Haus der Abgeordneten.

— Da der Schluß des Berichts über die 50. Sitzung des Hauses (s. gestr. Z.) ziemlich aphoristisch uns zugegangen war, so tragen wir heute noch nach, was die Abgeordneten polnischer Zunge in ihrem Interesse vorbringen zu müssen geglaubt haben. Es heißt da u. A. in dem ausführlicheren Berichte über die erwähnte Sitzung: Abg. Graf Cieszkowski: Der Kultusminister sei jetzt bereits drei Jahre im Amt und man dürfe daher annehmen, daß er die Verhältnisse seines Ressorts bereits vollständig durchdrungen habe. In Bezug auf die polnischen Staatsbürger aber müsse er ihm eine schwere Unterlassungssünde zur Last legen. Sie betreffe das Bedürfniß einer polnischen Universität, in Betreff deren Jahr aus Jahr ein Anträge gestellt worden, die nicht erfüllt worden seien. Bei dem Eintritt der neuen Regierung habe man gehofft, der dringende Wunsch werde endlich Berücksichtigung finden; das sei bis heute nicht der Fall, er müsse also den Minister wiederholt daran mahnen. Der Anspruch der Provinz Posen auf eine polnische Universität rechtfertige sich aus allen Gesichtspunkten. Jetzt sei namentlich, nachdem in Warschau und in östreichisch Polen eine nationale Reorganisation in Aussicht genommen, keine Veranlassung seinerseits damit zurückzuhalten. Die $2\frac{1}{2}$ Millionen Slaven des preußischen Staates hätten ein Recht auf eine höhere Lehranstalt. Früher seien auch in Posen zwei Akademien gewesen. In finanzieller Beziehung bemerke er, daß der Erlös der eingezogenen Güter dafür verwendet werden könne. Er bitte den Minister, nicht auf Preußen den Vorwurf lasten zu lassen, daß es am meisten dem nationalen Prinzip abhold sei; man solle den Polen nicht wieder für das lebendige Brot des Geistes Stein geben. — Kultusminister: Dem geäußerten Wunsche könne er aus provinziellen und nationalen Gründen nicht entgegenkommen. In provinzieller Beziehung sei kein Bedürfniß vorhanden. Dem Bedürfniß nach höherer Schulbildung für die polnischen Bewohner des preußischen Staats werde auf den Universitäten Breslau, Königsberg und auch Berlin genügt. In Bezug auf das Prinzip der Nationalität bemerke er nur, daß die Universitäten nicht politischen und nationalen Zwecken dienen, wenn nicht dem einen, daß sie eine höhere Einheit aller Bürger des Staats durch Herbeiführung einer allgemeinen Bildung zum Ziele haben. Graf Cieszkowski habe seine ausgezeichnete Bildung in Berlin genossen.

Abg. Dr. v. Niegolewski: Es sei ihm neu, daß die nationale Richtung nicht die Grundlage aller Bildung sein sollte, daß nicht die Muttersprache das vorzüglichste Medium sein solle, wodurch man zur allgemeinen Bildung gelange. Die Bildung von ganz Europa beruhe darauf, daß das Nationalitätsprinzip als solches anerkannt ist. Die Nationalität müsse dem allgemeinen Zwecke der Menschheit assimilirt, aber nicht unterdrückt werden. Auf Grund dieses Prinzips sei das polnische Volk berufen worden, zur gemeinschaftlichen Arbeit der Kulturvölker auf friedlichem Wege beizutragen. Auf Grund dieser Prinzipien sei die polnische Universität Krakau für sämmtliche Polen gegründet worden; Krakau aber sei durch einen Gewaltakt um seine Freiheit gebracht, und durch seine Theilnahme daran habe sich Preußen die völkerrechtliche Verpflichtung auferlegt, seinen polnischen Unterthanen ein Aequivalent für die Universität Krakau zu bieten. Man solle doch den Minister Hardenberg, dem man jetzt ein Denkmal setzen wolle, lieber durch Anerkennung seiner Grundsätze ehren, die er unter andern in seinem Reskripte vom Jahre 1822 niedergelegt, und die das Recht der Polen auf nationale Bildung anerkennen. Es sei auch für die Deutschen nicht gleichgültig, die slavische Literatur, auf deren Gebiet gerade gegenwärtig ein so reiches Leben herrsche, kennen zu lernen, namentlich den Geist der polnischen Geschichte, damit endlich die krasse Ignoranz, die in Bezug auf die Zustände Polens über alle Begriffe gehe und sich bei Gelegenheit seines Antrages wieder in exorbitanter Weise bei manchen Zeitungsartikeln offenbart habe, einer besseren und gründlicheren Einsicht Platz mache. Für $2\frac{1}{2}$ Millionen Polen sei in Preußen nur ein Lehrstuhl der polnischen Sprache in Breslau vorhanden. Die Bemerkung des Kultusministers, daß Graf Cieszkowski in Berlin seine ausgezeichnete Bildung erhalten habe, müsse er dahin berichtigen, daß der Graf seine Bildung in Polen auf der Universität Krakau gewonnen und erst als ausgebildeter Mann nach Berlin gekommen sei. Das beweise ebenfalls, daß man gründliche Bildung nur vermittelst der Muttersprache gewinnen könne.

Abg. André erinnert daran, daß die Slaven selbst, um sich zu verständigen, auf ihrem Kongresse die deutsche Sprache gewählt hätten. (Heiterkeit. Hört! hört!) — Berichterstatter Dr. Eckstein: In Posen hätten zwar zwei Akademien bestanden, aber nicht mit der Einrichtung deutscher Universitäten, nicht um, wie diese, das studium generale im Auge zu haben. Pädagogische Rücksichten sprächen vielmehr gegen eine polnische Universität; die Wissenschaftlichkeit der Polen werde durch die deutschen Universitäten gefördert. Der Erlös der eingezogenen Güter sei für Gymnasien, aber nicht für Universitäten bestimmt gewesen. Er erkenne den Werth der slavischen Literatur vollkommen an; sie würde auch von namhaften deutschen Gelehrten berücksichtigt. Auf den Zuruf des Dr. v. Niegolewski, die Deutschen sollten sich nicht gegen die slavische Literatur abschließen, antwortet er: „Mögen sich die Polen nicht gegen das Germanenthum abschließen, mit dem sie einem Staate angehören."

Abg. Dr. Libelt spricht über die Verhältnisse in den polnischen Gymnasien. (Der Vortrag des Redners bleibt unverständlich.) — Der Kultusminister: Er könne das Bedürfniß der von dem Vorredner verlangten Gründung eines vierten polnischen Gymnasiums im Posenschen nicht anerkennen. Für das Bedürfniß entscheide nicht die Zahl der Bevölkerung, sondern die Frequenz der bestehenden Anstalten. Daß nun letztere abgenommen, habe er schon im vorigen Jahre mitgetheilt. Der bei ihm von einer Deputation gestellte Antrag wegen Bildung eines polnischen Gymnasiums habe abgelehnt werden müssen, weil die angebotene, wenn auch beträchtliche Summe nicht im Verhältniß stand zu dem beanspruchten Staatszuschuß. — Abg. v. Niegolewski: Wenn es auf die Frequenz ankomme, dann müsse ein evangelisches Gymnasium eingehen und zwei neue katholisch-polnische gebildet werden; nur so würde das Verhältniß der Frequenz gleich werden. Als der Geh. Rath Brüggemann zur Visitation in Trzemeszno gewesen sei, habe er dem Rektor gesagt, er möge im Interesse der Schule nicht zu viele Schüler annehmen. Man wisse ja, wie es in der Welt zugehe, wie Winke verstanden würden, oft nur zu gut verstanden. Seit Herr Brüggemann dort gewesen, habe sich in ganz eigenthümlicher Weise die Zahl der Schüler verringert. In Posen, wo es ein katholisches und ein evangelisches Gymnasium gebe, sei die Frequenz zu Gunsten des ersteren; die katholischen Lehrer daselbst würden schlecht besoldet und müßten Jahre lang warten, bis sie auf den Etat kämen; nicht Wenige, denen es zu lange gedauert, hätten eine andere Karriere eingeschlagen. Deutsche Bildung zu pflegen, darauf komme es an, die Polen aber wolle man in Dummheit erhalten; das sei die Kultur, mit der man die Polen erobern wolle. Man zwinge den polnischen Schülern das Deutsche auf und impfe ihnen dadurch Haß gegen das Deutschthum ein. — Abg. v. Bentkowski bestätigt die Anführungen des Vorredners in Bezug auf die Frequenz der polnischen Gymnasien und die Lage der Lehrer. Hier entscheide nicht die Frequenz, nicht die Finanzlage, sondern die Sucht, das polnische Element zu unterdrücken. — Der Präsident Simson macht den Redner „mit allem Ernst" darauf aufmerksam, daß er gegen die Ordnung verstoße, indem er der Regierung derartige Motive unterschiebe. — Der Abg. v. Bentkowski beruft sich auf die Organe der Regierung im Posenschen und auf Aeußerungen des Ministers des Innern, der Präsident erklärt indeß, daß jene Aeußerungen nichtsdestoweniger unzulässig seien.

Abg. v. Vincke: Wenn der Abg. v. Niegolewski sich darüber beklagt, daß er auf die Erlernung der deutschen Sprache drei Jahre habe verwenden müssen, so wolle er nur auf den Vortheil aufmerksam machen, der den Polen daraus erwachse, da sie berufen seien, in dieser Versammlung an den legislativen Arbeiten des Hauses Theil zu nehmen, und daß sie von der Sprache einen edlen Gebrauch zu machen verständen, das beweise die gegenwärtige Debatte. — Abg. v. Niegolewski: Er bedauere, daß er so schlecht deutsch spreche (Heiterkeit); was das Erlernen der deutschen Sprache anlange, so wolle er nur bemerken, daß es ihm unmöglich geworden, dieselbe auf der Schule zu erlernen, weil ihm das Lernen überhaupt unerträglich geworden sei (Heiterkeit); seine Bildung habe er sich zuerst in polnischer Sprache angeeignet, die deutsche Sprache habe er auf den auswärtigen Universitäten erlernt. — Abg. v. Bentkowski: Auf dem Wiener Kongresse hätten Engländer, Schweden und Deutsche in französischer Sprache unterhandelt und nach der Logik des Abg. Andrée müßte man durchaus schließen, daß wiederum nur eine französische, nicht aber eine deutsche Bildung nöthig sei. — Abg. v. Prittwitz weist nach, daß alles geschehe, was die Polen nach den Gesetzen des Landes zu verlangen hätten. Wenn der Abg. v. Niegolewski geäußert habe, daß die Regierung gewissermaßen darauf ausgehe, Eroberungen zu machen, so erwidere er, daß die Polen zeigen mögen, daß es ihnen um die Förderung und Hebung des preußisch-nationalen Interesses zu thun sei, dann werde das Haus ihnen bei Förderung ihrer Interessen entgegenkommen. — Abg. v. Vincke: Hier gehörten Alle nur einer Nation an; daß der Abg. v. Niegolewski auf der Schule die deutsche Sprache nicht habe erlernen wollen, dafür könne er nicht; daß die Abgeordneten aber der deutschen Sprache mächtig seien, dafür habe man vielfache Beweise; das Haus habe sich schon lange mit dieser Angelegenheit beschäftigt und werde sich noch öfter damit beschäftigen müssen, und wenn er (v. Vincke) sich für polnische Anträge interessirt habe, so sei das nicht im Interesse der polnischen Nationalität geschehen, sondern nur im Interesse des gekränkten verfassungsmäßigen Rechts preußischer Unterthanen, und dabei sei es ihm einerlei, ob diese deutsch oder polnisch sprächen. Er werde sich für solche Beschwerden auch ferner mit gleicher Wärme interessiren; allein wenn die Herren ihn auf einen anderen Boden drängen wollen, so werde er gegen sie auftreten.

Abg. v. Morawski: Vor zwei Jahren habe sich ein polnischer wissenschaftlicher Verein in Posen gebildet, von dessen Gründlichkeit und Wissenschaftlichkeit seine bisherigen Publikationen Zeugniß ablegten; die Regierung habe aber die Lehrer ermahnt, sich von den Bestrebungen des Vereins fern zu halten, und auf zwei Beschwerden des Vereins über diese merkwürdige Maaßregel bis jetzt noch keine Antwort ertheilt; man habe nationale Bestrebungen unter dem Verein gewittert; man verwechsele wahrscheinlich nationale Bestrebungen mit revolutionären Bewegungen; der berühmte Engländer Burke bezeichne revolutionäre Ereignisse als solche, die gegen jedwede Autorität gerichtet seien; diese seien vorübergehend; nationale Bestrebungen stammen von Gott und besäßen unvergängliche Kraft. Dies zur Antwort dem Abg. v. Vincke. — Kultusminister: Die Abmahnung der Lehrer sei in wohlwollender Absicht geschehen und finde ihre Begründung in den Ereignissen benachbarter Staaten, wo unter unschuldigen Namen andere Bestrebungen sich geltend machten. — Eine längere Erörterung knüpft sich hieran aus lauter kleinen Wechselreden bestehend; von Seiten der polnischen Abgeordneten wird bemerkt, man dürfe nicht hinter Unschuldigem Verbotenes suchen, dadurch würde der ganze Staat eine Polizeianstalt u. dergl.; der Abg. Rohden erinnert, die Angelegenheit des wissenschaftlichen Vereins sei vor mehreren Jahren durch eine besondere Kommission des Hauses geprüft und die desfallsigen Beschwerden unbegründet gefunden. Von polnischer Seite wird das wieder bestritten. — Ferner kommt zur Sprache, wer an den Ereignissen von 1848 Schuld sei, ob die Polen oder die Deutschen; die Polen nennen den damaligen Aufstand keine Revolution, sondern einen Unabhängigkeitskrieg; der Abg. v. Vincke bemerkt, eine solche Bezeichnung lasse sich nur aus einer Unkenntniß der deutschen Sprache erklären.

Berlin, 15. Mai. [51. Sitzung.] Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht über den Etat des Ministeriums für landwirthschaftliche Angelegenheiten und der Gestütverwaltung. — Abg. Schellwitz tadelt den Antrag der Kommission, die Regierung möge in Erwägung ziehen, wie die Kosten in den Auseinandersetzungssachen durch Verminderung der Lokaltermine zu ermöglichen seien; nicht gegen den Antrag selbst, sondern gegen die Motive protestirt er, weil damit eine Verdächtigung der Kommissarien im Allgemeinen ausgesprochen ist, ohne daß irgendwo eine Begründung aufgestellt worden; es scheint kein Anlaß vorhanden, sich dieser Resolution anzuschließen. — Abg. Osterrath: Die Beschwerden, die hier zur Sprache gekommen, beruhen auf Wahrnehmungen in mehreren Provinzen. — Abg. Krieger vertheidigt die Resolution gegen die Angriffe des Abg. Schellwitz; die Beamten müßten sehr empfindlich sein, wenn sie in der Resolution anderes lesen wollten, als da ausgedrückt ist. — Nach den Abgg. Schellwitz u. v. Reibnitz sprechen der Minister Graf Pückler und der Regierungskommissar, welche unter großer Unruhe die Beamten in qu. vertheidigen, worauf die Resolution mit sehr großer Majorität angenommen wird. — Abg. v. Morawski beklagt sich, daß des Großherzogthums Posen in diesem Berichte nicht gedacht ist. Dort sind keine Gebirge, keine Gruben, die Landwirthschaft allein wird dort getrieben; aber vom Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten ist für Posen Nichts gethan. Systematisch seien die Polen von allen Kommissionen ausgeschlossen, darum müßten sie ihre Wünsche im Plenum vorbringen. Wir widmen uns der Landwirthschaft redlich ohne Hintergedanken, mag man uns noch so beharrlich politische Zwecke unterschieben, wir sind nicht so verkrüppelte Aeste, wie der Minister des Innern es glaubt, ohne der deutschen Intelligenz, dem deutschen Fleiße nahe treten zu wollen. Unsere landwirthschaftlichen Vereine haben mit geringen Mitteln Vieles geleistet, aber es fehlt uns eine landwirthschaftliche höhere Akademie, wo der Unterricht in polnischer Sprache ertheilt wird. Man wird unsere Anträge stets verwerfen, weil man uns stets Politisches unterschiebt. Sind wir denn dazu verdammt, wie Lastthiere die Lasten des Staates zu tragen, ohne etwas dafür zu bekommen? Der Redner verläßt nunmehr den Gegenstand, um den es sich eigentlich handelt; er spricht von dem Haß, den die Deutschen gegen die Polen haben, interpellirt den Minister des Innern; das Haus hört dem Redner mit großer Spannung zu — er hielt eine Polenrede! — Der Graf Schwerin bedauert den unvorbereiteten Angriff, dem er nicht in Details folgen kann. Daß ich eine vor acht Wochen hier gehaltene Rede nicht desavouirt habe, ist natürlich; eine solche Desavouirung ist nicht Aufgabe der Regierung. In der Provinz Posen herrscht nicht eine administrative Verwaltung, die auf die Taschen der Polen spekulirt; einen solchen Vorwurf weise ich entschieden zurück. Ich habe Materialien genug, um Ihnen zu beweisen, daß, wenn die Regierung in diesem und jenem Punkte sich veranlaßt sah, mit Strenge und Entschiedenheit vorzugehen, das Verhalten der Mitglieder, als deren Vertreter sich der Redner gerirt, daran Schuld war. Die Regierung wird an dem bisherigen Standpunkte festhalten. Dem Redner soll werden, was er verlangt: Recht und Gerechtigkeit, nicht Mitleid, und so lange ich auf diesem Posten bin, werde ich die in der Provinz Posen getroffenen Maaßregeln vertreten, soll den Polen Recht und Gerechtigkeit werden. Mit allgemeiner Beschuldigung ist aber Nichts gethan; man möge mir spezielle Beschwerden mittheilen, und dann werde ich untersuchen, abhelfen oder zurückweisen. (Bravo!)

Der Graf Pückler: Der Staat hat 8 Provinzen und nur 4 landwirthschaftliche höhere Anstalten; hätte ich mehr Mittel, würde ich die Anzahl der Anstalten erhöhen. — Abg. Dr. Eckstein: Wirthschaftsinspektoren sollen auf diesen Anstalten nicht gebildet werden. Die Zöglinge müssen die Sekunda besucht haben, die Polen also auch Deutsch gelernt haben. — Abg. Rohden: Früher klagten die Polen, ihre Anträge seien zu streng juristisch beurtheilt worden; sie werden diesen Vorwurf jetzt zurücknehmen, da sie Gerechtigkeit und kein Mitleid verlangen. — Abg. v. Sauken-Julienfelde fordert die Polen auf, zu konstatiren, daß alle ihre Anträge stets mit Unparteilichkeit behandelt worden sind. — Abg. v. Morawski: Trotz der vorjährigen Beschlüsse beider Häuser ist der ländliche Kredit in Posen noch in demselben schlechten Zustande. Der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten ist von den Behörden falsch berichtet, wenn er meint, die Vereine haben aus einzelnen Individuen bestanden; die landwirthschaftlichen Vereine waren vollständig organisirt, ebenso auch der Zentralverein. — Abg. Riedel erklärt die Rede des Herrn v. Morawski für einen Erguß politischer Aufgeregtheit, die den Polen nicht zum Vortheil ausschlägt; seit gestern bringen die Polen Alles wieder vor, obgleich doch schon früher alle diese Klagen als unbewiesen und unbegründet zurückgewiesen worden sind. Die Polen haben sich selbst von den Kommissionen ausgeschlossen; sie waren nie in den Abtheilungen anwesend, so wird es wohl auch mit dem Ausschließen von Aemtern beschaffen sein. Eine polnische landwirthschaftliche Lehranstalt setzt den gestrigen Forderungen die Krone auf; die Polen mögen auf deutsche landwirthschaftliche Lehranstalten gehen, um zu lernen, wie man nicht polnisch wirthschaftet. — Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt. — Abg.

v. Niegolewski: Den Ausspruch, es soll uns Gerechtigkeit werden, haben wir schon oft gehört, aber es ist nur bei den Worten geblieben. Die Unterbeamten berichten die Minister falsch, wenn sie sagen, der landwirthschaftliche Verein sei ein Konglomerat von Personen; solche Beamten müssen zurechtgewiesen werden. Der Redner geht nun auf das Wirken der polnischen und der deutschen landwirthschaftlichen Vereine ein; letztere haben sich mit Politik beschäftigt, Anträge gestellt, die die Regierung stillschweigend hingenommen hat; nur den Polen tritt man hemmend entgegen. — Der Minister Graf Pückler macht eine kurze Bemerkung; die Diskussion ist geschlossen; ein Antrag des Abg. v. Morawski, die Begründung eines landwirthschaftlichen Instituts betreffend, wird abgelehnt.

Das Haus geht zum Bericht über den Etat der Justizverwaltung über. Zu der von der Kommission beantragten Resolution, die Erwartung auszusprechen, die Regierung werde über die Urlaubsertheilung an richterliche Beamte gesetzliche Bestimmungen erlassen, stellt Abg. Taddel das Amendement, die Erwartung auszusprechen, daß die Stelle des Vizepräsidenten zu Ratibor (v. Kirchmann) vom künftigen Jahre ab nicht weiter, als bisher, nur stellvertretungsweise, sondern durch den dazu berufenen Beamten selbst verwaltet werde. — Abg. v. Vincke glaubt versichern zu dürfen, daß Herr v. Kirchmann mit seiner jetzigen Lage ganz zufrieden ist und das Verhältniß gar nicht geändert wissen will. Uebrigens leidet der Geschäftsgang in Ratibor nicht. Aus diesem einen konkreten Falle könne man endlich nicht Anlaß nehmen, gleich ein Gesetz zu erlassen, und jedenfalls müßte der Bereich des Gesetzes weiter sein, man müßte nicht bloß richterliche, sondern überhaupt Beamte ins Auge fassen; und keinen der beiden Anträge empfehle ich zur Annahme. — Abg. Schultze (Berlin): Bei dieser Sache leidet die ganze richterliche Unabhängigkeit im Lande; es handelt sich hier nicht um einen Urlaub, den ein Beamter fordert, sondern um einen solchen, den man einem Beamten aufzwingt; man hat Herrn v. Kirchmann thatsächlich seines Amtes als Präsident enthoben und damit den Art. 87 der Verfassungsurkunde verletzt. Herr v. Kirchmann hätte einen andern Weg einschlagen können, um sein Recht zu verfechten, wie dies Herr Waldeck gethan hat. Es ist nicht Anlaß zum Erlaß eines Spezialgesetzes. — Herr v. Bernuth: Die Angelegenheit, um die es sich hier handelt, ist vor meinem Eintreten zum Abschluß gekommen; die Ertheilung des Urlaubs ist von dem Betheiligten selbst gefordert und durch Wentzel vermittelt worden. Ein Bedürfniß, legislativ einzuschreiten, ist nicht vorhanden, es handelt sich um Urlaub; die Regierung kann nur die Ablehnung beider Anträge anempfehlen und versichert, daß Unzuträglichkeiten dadurch nicht entstehen können. — Der Berichterstatter vertheidigt den Antrag der Kommission, welcher bei der darauf folgenden Abstimmung einstimmig abgelehnt wird, nachdem vorher der Antrag Taddel mit geringer Majorität abgelehnt worden war. — Abg. v. Ammon: Man hat immer behauptet, die Rheinprovinz sei begünstigt; dies treffe nicht überall zu. Die Bemessung und Vertheilung der Gehalte unter den Präsidenten, Vizepräsidenten und Prokuratoren ist nicht genügend; namentlich seien die Oberprokuratoren schlecht gestellt und ungerechtfertigter Weise schlechter, als die Kammerpräsidenten bei den Landgerichten. — Der Justizminister erklärt, daß die Vorlage, betreffend die Verwendung der 225,000 Thlr. für Beamte, in kürzester Zeit eingereicht werden wird. Es ist bei der Berathung von den Gehalten vorstehender Beamtenkategorien die Rede gewesen, doch wird schwerlich dies Jahr schon Abhülfe geschehen. — Abg. Reichensperger (Köln) bringt die diätarische Besetzung von Richterstellen bei einer Renumeration von 4—500 Thlrn. zur Sprache. Es giebt viele Assessoren am Rhein, die seit 1850 examinirt und noch nicht etatsmäßig angestellt sind. Ferner wären die Ueberschüsse bedeutend genug, um Einzelrichter-Zulagen gewähren zu können. — Herr v. Bernuth: Die angemessene Stellung der Beamten ihren schweren Pflichten gegenüber durch richtige Bemessung des Gehaltes ist für mich eine bedeutende, hohe Pflicht. (Bravo!) Könnte mir der Finanzminister entgegenkommen, ich wollte allen Ansprüchen möglich gerecht werden. — Abg. Reichensperger (Köln) fordert dem Justizminister zu großer Beharrlichkeit im Fordern beim Finanzminister auf. — Abg. v. Berg: Auch die Subalternbeamten leiden. — Abg. Pilaski bringt das Verhältniß der Dolmetscher zur Sprache. — Der Justizminister: Die Dolmetscher klagen ohne Grund; sie können ohne Anstellungsberechtigung ihre Laufbahn verfolgen, wenn sie ihr Examen machen. Die Zahl der Dolmetscher, die Unterricht genossen, die nur einen gewissen Grad von Bildung haben, ist äußerst gering; es ist schade, daß sich nicht mehr junge Männer diesem Berufe widmen.

Ueber den Bau des Stadtgerichts zu Berlin entspinnt sich eine längere Diskussion. — Zu der von der Kommission vorgeschlagenen Resolution beantragt Abg v. Vincke, zwischen den Worten „verfassungsmäßigen" und „Zustand" einzuschalten „und den gesetzlichen Rechten der Depositalinteressenten entsprechenden". — Der Justizminister: In den 30er Jahren ist ganz in derselben Weise wie jetzt vom Stadtgericht verfahren worden. Ich werde der Angelegenheit den Standpunkt geben, den sie sofort hätte einnehmen sollen. Was die Zinsen betrifft, so sind die Gerichte nicht verpflichtet, höhere Zinsen zu geben. Man möge die Amendements ablehnen. — Abg. v. Hoverbeck hätte das für unglaublich gehalten, was er jetzt schwarz auf weiß gelesen. Wenn ein armer Mann sagt, er habe etwas aus Noth gethan, so ist das zu begreifen, wenn aber der Vertreter der Regierung erklärt, das Stadtgericht habe den Weg aus Noth eingeschlagen, so ist das unbegreiflich, außer aller Ordnung, verfassungswidrig. Der frühere Justizminister hat mit solchen Auskunftsmitteln die Initiative ergriffen, denn er hat es dem Kreisgericht Bromberg auch vorgeschlagen, bekam aber zur Antwort, daß dies verfassungswidrig sei, und damit war die Sache zu Ende. — Der Justizminister verwahrt das hiesige Stadtgericht gegen den Verdacht eines Mangels an Integrität. — Abg. Kloß: Es ist hier unbedingt eine Staatsschuld kontrahirt worden ohne Genehmigung der Landesvertretung. Das Bedürfniß zum Bau mag vorhanden gewesen sein, dies konnte aber auf anderem Wege befriedigt werden, ohne den Justizminister zu solchem Verfahren zu zwingen. Hätten wir ein Oberrechnungskammergesetz gehabt, so hätte ein solches Verfahren nicht so lange der Landesvertretung verborgen bleiben können. Hätte diese organische Verbindung bestanden, dann konnte die Landesvertretung Kenntniß von den Verhältnissen nehmen. Im Vertrauen zum Justizminister hat die Kommission ihre Resolution gefaßt, wie sie ist. — Abg. Rohden kann dem Amendement Vincke nicht beitreten. Gesetzliche Rechte der Depositalinteressenten sind nicht verletzt. — Abg. Immermann ist ganz entgegengesetzter Meinung; das Stadtgericht hat gegen die bestehenden Kabinetsordres zur Depositalordnung gehandelt. — Abg. v. Vincke glaubt, daß sein Amendement von allen Seiten angenommen werden kann; er verlange ja nur eine gesetzliche Regelung. — Abg. v. Hoverbeck zieht sein Amendement zu Gunsten des Amendements v. Vincke zurück. — An der Diskussion betheiligen sich noch der Reg. Komm. Präsident de Rège, die Abgg. Immermann, Rohden, Duncker (Berlin) und Strohn. Der Streit dreht sich darum, ob die Gelder aus dem Pupillendepositorium oder aus dem Generaldepositorium gekommen sind; in Berlin sind diese Depositorien getrennt. — Der Berichterstatter Abg. Otto erklärt sich Namens der Kommission nicht mit dem Amendement Vincke einverstanden. (Das Haus ist sehr unruhig.) — Das Amendement Vincke und die Resolution der Kommission werden mit sehr großer Majorität angenommen. — Nächste Sitzung morgen.

Militärzeitung.

[Mittheilungen über die neapolitanische Kampagne von 1860 und 61.] Im Verlaufe der letzten Monate sind über die letzten kriegerischen Vorgänge im Königreich beider Sicilien, außer dem so gut wie offiziellen „Journal du siège de Gaëte" von Garnier, eine ganze Reihe von Skizzen, Mittheilungen und größeren oder kleineren Aufsätzen zum weit überwiegenden Theil von Seiten der Ueberwundenen erschienen, daß das Dunkel, was den Sturz des Thrones der neapolitanischen Bourbonen noch einhüllt, sich allmälig mehr und mehr zu lichten beginnt. Neues findet sich in den erwähnten Schriftstücken zwar nur wenig enthalten, sie bringen vielmehr nur ein ewiges Einerlei von haltungsloser Schwäche, von fast krankhafter Entschlußunfähigkeit und in der Anlage schon verfehlten, darum aber eben nachtheilig auf die Sache selbst, der sie dienen sollten, zurückwirkenden Anschlägen, dagegen aber läßt sich nicht leugnen, daß diesen Zuständen gegenüber das anfänglich so vielfach erhobene Geschrei über Verrath sich auf ein bescheidenes Maaß zurückführt, oder die Ursache des beinahe allgemeinen Abfalls doch weit mehr den Verhältnissen als den Personen zur Last fällt. Es ergiebt sich aus diesen, wie schon erwähnt, meist vom bourbonischen Standpunkt geschriebenen Mittheilungen so recht lebhaft, wie die immer steigende Hoffnungslosigkeit der Lage auch die sonst ganz brauchbaren und unbedingt besseren Elemente zur Unthätigkeit verdammte, oder gar in das feindliche Lager drängte. Nur bei der neapolitanischen Marine, indeß auch dort mehr in den höheren und höchsten Offizierkreisen, als bei dem gemeinen Mann und den Subalternoffizieren, scheint der Verrath wirklich planmäßig vorbereitet gewesen zu sein, während die Landarmee bei ihrem trotz des Uebermaaßes von Unglück bewiesenen festen Zusammenhalt unbedingt ein besseres Schicksal verdient hätte. Ein anderer Mann als eben Franz II. würde an der Spitze dieser so treu anhänglichen Truppen unbedingt auch einem ganz anderen Feinde als Garibaldi mit seinen Freischärlern zu widerstehen vermocht haben; denn auf den im Wollen, Können und Vollbringen unausgesetzt hin- und herschwankenden König bleibt in letzter Instanz am Ende doch der Haupttheil der Schuld zu übertragen und das glänzendste Zeugniß für sein Heer liegt dem gegenüber darin begründet, daß im ganzen Laufe dieses Unglücksfeldzuges kein Bataillon, keine Kompagnie der regulären neapolitanischen Truppen noch geschlossen und intakt zum Feinde übergegangen ist. Die Gefechte von St. Eufemia und Policastro, in welchen gleich nach Garibaldi's Landung 3 neapolitanische Brigaden zersprengt und größtentheils gefangen wurden, stellten sich nach diesen Mittheilungen als ein gut vorbereiteter und geschickt ausgeführter Ueberfall des genannten Führers heraus, der seinem Talent als Parteigänger, sogar als Feldherr alle Ehre macht, aber bei alledem doch nur durch die verfehlte Aufstellung dieser Truppen und noch mehr durch das Ausbleiben jeder Unterstützung für dieselben glücken konnte. Hinter dem Sele bei Salerno finden sich, nur etwa fünf Meilen von Policastro entfernt, zu demselben Zeitpunkt 28,000 Mann neapolitanischer Truppen, dabei die sämmtlichen Garden und die beiden Schweizerbrigaden mit 84 Geschützen, darunter bei den letztangeführten Brigaden zwei gezogene Batterien, vereinigt, und auf die erste Nachricht von den Unglücksvorgängen bei dem gegen 16 Meilen entfernten St. Eufemia weiß diese Garibaldi um das Doppelte überlegene Macht nichts Besseres zu thun, als Hals über Kopf Neapel vorbei gleich bis nach Capua und hinter den Volturno zu retiriren, worüber die bis Policastro vorgeschobene Brigade förmlich vergessen wird. Das Defilé von Cava, das Bosco mit seiner und der zweiten Schweizerbrigade noch besetzt hält und vor welchem bei einer energischen Vertheidigung die Anstrengungen einer Armee scheitern würden, muß, um nur in fliegender Eile alle Truppen am Volturno zu konzentriren, noch vor der Annäherung des Feindes geräumt werden. Der genannte General selber, nächst dem schweizer General Mechel unbedingt der beste Führer, welchen die neapolitanische Armee besitzt, verliert von hier ab durch die um die Person des Königs nicht abreißenden Intriguen für den entscheidendsten Zeitpunkt beinahe jeden Einfluß. Am 20. September endlich stellt sich der König selbst an die Spitze seiner Armee, d. h. er erscheint zum ersten Male vor den Reihen seiner Truppen. Der dadurch bei denselben bewirkte Aufschwung äußert sofort seine Folgen, am Tage darauf werden die Höhen von Cajazzo von den Neapolitanern mit Sturm genommen, in den darauf folgenden Tagen liefert die neapolitanische Armee die siegreichen Gefechte von Trefrisco, St. Maria und St. Angelo, es bedarf nur noch eines letzten entscheidenden Schlages, um den Sieg wieder vollends an sich zu reißen und bei der Uebermacht des königlichen Heeres (in bei den einzelnen Autoren schwankenden Angaben ungefähr 38—40,000 Mann gegen höchstens 25,000), bei ihrem Uebergewicht an Reiterei und Artillerie, kann der Ausfall dieses Schlages kaum einem Zweifel unterliegen. Indeß bei St. Maria und St. Angelo sind in den Reihen Garibaldi's zwei eben erst in Neapel angelangte piemontesische Batterien und ein Paar Kompagnien Bersaglieri mit aufgetreten, das Gerücht verkündet den Anmarsch starker piemontesischer Streitkräfte und das entscheidet.

Statt den einen gebotenen Moment noch zu benutzen, Garibaldi, dessen Streitkräfte durch die vorgenannten, auch unter dem Gesammtnamen der Schlacht am Volturno bezeichneten Gefechte völlig gelockert, fast aufgelöst sind, vollends niederzuwerfen und den so schmählich aufgegebenen Boden wiederzugewinnen, reist der König nach Gaëta und übernimmt an seiner, oder Bosco's, oder Mechel's Statt, der gerade besonders hoch in der königlichen Gunst stehende, aber sonst durchaus unfähige General Retucci den Oberbefehl. Dieser tapfere Mann weiß nichts Besseres zu thun, als Garibaldi 15 Tage zur Ergänzung und Wiederherstellung seiner Streitkräfte Zeit zu lassen. Endlich nähern sich die Piemontesen, doch durch die im Kirchenstaat zurückgelassenen Garnisonen und die Entsendung verschiedener Detachements in ihren zunächst auftretenden Abtheilungen zusammen nur etwa 9000 Mann stark. Immer bleibt demnach noch die Ueberlegenheit auf Seiten der Neapolitaner, allein nach einem unbedeutenden Gefecht giebt Retucci die Garignanobrücke Preis, sich noch glücklich schätzend, daß er dieselbe theilweise hat zerstören können, und ebenso hirnverbrannt werden auch die herrlichen Defiléen bei Cascano und Sessa dem vorsichtig und immer in Besorgniß eines Hinterhalts nur mit seinen leichten Truppen folgenden Feinde überlassen. An Retucci's Stelle übernimmt nunmehr General Salzano den Oberbefehl, jedoch auch diesen beherrscht die eine fixe Idee, hinter den Felsenwällen von Gaëta die sämmtlichen Streitkräfte zu vereinigen und dort in völliger Sicherheit die französische, oder wofern dieselbe ausbleiben sollte, die östreichische Hülfe abzuwarten, auf welche man sich, vorzugsweise aber auf die Vermittelung Napoleons III. am Hofhalt des unglücklichen verblendeten Franz II. die bestimmteste Hoffnung macht. General Mechel hat auf eigene Faust die Piemontesen bei Cascano angegriffen und diesen wichtigen Engpaß in einem brillanten Gefecht zurückerobert. Er muß zurück und zwar in so überstürzender Eile, daß von dem auf dem Fuße folgenden Feinde 14,000 Mann neapolitanischer Truppen auf dem Mola di Gaëta abgeschnitten werden. Es ist sogar wahrscheinlich, daß man dieselben mit Absicht vergessen hatte, weil man daran zweifelte, sie in Gaëta ernähren zu können. Die Widerstandskraft ist bei diesen so schmachvoll im Stich gelassenen Truppen bereits gebrochen, sie fliehen vor den kleinen erst eingetroffenen feindlichen Abtheilungen, aber dennoch ergeben sie sich nicht, sondern treten auf römisches Gebiet über oder zerstreuen sich im Gebirge, wo sie eben zum Träger des jetzt dort aufflammenden Aufstandes werden. Noch jetzt selbst kann sich eben durch diesen Aufstand im Rücken des Feindes Alles günstig gestalten, aber es gehört dazu, daß, um Zeit zu gewinnen, die den Schlüssel von Gaëta bildenden, den Isthmus, worauf diese Festung gelegen, absperrenden Höhen aufs Aeußerste vertheidigt werden. Diese Stellung ist nahezu unangreifbar und noch befinden sich an die 20,000 Mann Truppen bei dem Könige. Die Piemontesen warten acht Tage und sind endlich, ohne die Garibaldischen Freischaren, etwa ebenfalls auf 20,000 Mann angewachsen; dann wagen sie auf die Höhen einen schwächlichen Angriff und werden mit blutender Stirn zurückgetrieben. Doch über Nacht noch erscheint der königliche Befehl zum Abzug in die Festung für die Neapolitaner, ein Theil derselben soll sich fernerhin noch in das Gebirge werfen und geht auf dem Wege dahin größtentheils verloren. Die Vertheidigung von Gaëta ist genau von demselben Schlage, jede beliebige Position wird dem Feinde, ohne Ausfall, ohne eine eigentliche aktive Gegenwehr, zum Bau seiner Batterien überlassen, er hat nur nöthig, diese spielen zu lassen, und die neuen piemontesischen Cavallie-Kanonen beschleunigen endlich den Fall des Platzes, der freilich auch so bei dem Schwinden jeder, auch der entferntesten Aussicht auf eine fremde Intervention und der verlorenen Verbindung mit den Aufständischen im Gebirge, schließlich unvermeidlich gewesen wäre. —p.

Angekommene Fremde.

Vom 15. Mai.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsb. v. Skarzyński nebst Frau aus Splawie, v. Wilkoński nebst Frau und v. Dunin aus Lechlin, Neumann aus Scheibau und Neumann nebst Frau aus M. Popschütz, Appell. Ger. Auskultator Neumann aus Glogau, Fräulein v. Breańska aus Tarnowo, Dekan Radzki aus Lubin, Geistlicher Likowski aus München und Holzhändler Kutscher aus Berlin.

HOTEL DE BERLIN. Fabrikant Eberhard aus Berlin, die Rittergutsb. Frauen v. Rogalińska aus Cerekwica und v. Kuczkowska aus Turow, Gutspächter Niklaß aus Kleszczewo, die Gutsb. v. Mański aus Robakow und Gebrüder v. Malczewski aus Kruchowo, Generalbevollmächtigter v. Grabowski aus Jarocin, Administrator Zielsdorff aus Gościejewo, Landwirth Krenzlin aus Magdeburg, Probst Gawrecki aus Rogasen, Frau Apotheker Kretschmer aus Schroda, die Apotheker Herrmann aus Kottbus und Krüger aus Stenszewo.

HOTEL DE PARIS. Gutsb. Lichtwald aus Bednary und Kaufmann Feldmann aus Kosten.

BAZAR. Die Gutsb. Frauen Gräfin Skórzewska aus Klein-Jeziory, v. Radońska aus Kociałkowagórka und v. Koczorowska aus Piotrkowice, Probst Strybel aus Grabowo, Gutsb. v. Mierzyński aus Bythin und Gutspächter v. Garczyński aus Gołuchowo.

DREI LILIEN. Gerichtsbeamter Milewski aus Ostrowo.

PRIVAT-LOGIS. Frau Grasnick aus Rogasen, Mühlenstraße Nr. 7.

Vom 16. Mai.

SCHWARZER ADLER. Probst Lewandowski aus Kosten und Gutsbesitzer v. Pokłatecki aus Ossowo.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Gutspächter Zajęcki aus Wilatowo, königl. Telegraphen-Baumeister Elsasser aus Frankfurt a. O., Partikulier v. Brünner aus Görlitz, die Kaufleute Nehring aus Leipzig, Lauterbach aus Mannheim, Brier aus Breslau, Roßbach aus Chemnitz, Kaumann, Basch und Bennecke aus Berlin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Königl. Kammerherr und Rittergutsb. v. Haza-Radlitz aus Lewitz, Oberkammerrath und Rittergutsb. Röttcken aus Westfalen, Rittergutsb. Fiebelkorn aus Harz, die Kaufleute Verworner aus Leipzig, Schmölz aus Pforzheim, Jaffe aus Berlin und Menge aus Breslau, Amtmann Friring aus Wedelberg, Rechtsanwalt Seiler aus Angermünde, Schauspielerin Fräulein Karsemann und Rentiere Fräulein Litfas aus Berlin.

Inserate und Börsen-Nachrichten.



Stargard-Posener Eisenbahn.

Nach Vorschrift des §. 5 resp. 6 der Allerhöchsten Privilegien vom 27. Dezember 1852, 12. März 1855 und 5. Juli 1858 soll die **Ausloosung** der in diesem Jahre zu amortisirenden Prioritäts-Obligationen der Stargard-Posener Eisenbahn I., II. und III. Emission, so wie die **Verbrennung** der in früheren Jahren ausgeloosten und bis jetzt realisirten Prioritäts-Obligationen in termino

den 11. Juni d. J. Vormittags 11 Uhr

in unserem Geschäftslokale stattfinden.

Dies wird mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß Jedermann der Zutritt zum Termine gestattet ist.

Breslau, den 11. Mai 1861.

Königliche Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Lissa,
den 5. November 1860.

Das im **Fraustädter** Kreise belegene, dem **Ernst Müller** gehörige Rittergut **Klein-Kreutsch**, abgeschätzt auf 53,679 Thlr. 6 Sgr. 1 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am

5. September 1861 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern ihre Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch beim Subhastationsgerichte anzumelden. Alle unbekannten Realprätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger, 1) **Oscar Paul Benno Rudolph Schmidt**, 2) **Carl Hugo Paul Schmidt**, werden zu diesem Termine öffentlich vorgeladen.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Pleschen.
Erste Abtheilung.

Pleschen, den 31. Dezember 1860.

Das den Gutsbesitzer **Rudolph** und **Ida Auguste**, geborne **Schatz**, **Licht**'schen Eheleuten gehörige, im **Pleschener** Kreise belegene Rittergut **Fabianowo**, abgeschätzt auf 23,683 Thlr. 6 Sgr. 4 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll vor dem Herrn Kreisrichter **Roetel**

am 3. September 1861 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem Subhastationsgericht zu melden.

Um Irrthum vorzubeugen, bemerke ich, daß meine Wohnung und mein Schullokal im (2.) **zweiten** Stocke ist; gleichzeitig die ergebenste Anzeige, daß ich, mit gediegenen Lehrerkräften vereint, den mir anvertrauten Halbpensionären einen gründlichen Unterricht im Hebräischen und eine sorgfältige Nachhülfe ertheile.

J. Lewek, Wasserstr. Nr. 17.

In **Breslau** hat sich am 21. April c. ein **„Schlesisch-Posenscher Offizier-Reiterverein"** gebildet, der schon jetzt aus circa 200 Mitgliedern der Kavallerieregimenter V. und VI. Armeekorps besteht. In der ersten Versammlung sind die Statuten entworfen, und interimistisch der Herr **v. Jastrow**, Hauptmann im Generalstabe VI. Armeekorps, zum Präsidenten, der Herr **v. Bülow**, Rittmeister im schlesischen Kürassierregiment (Nr. 1), zum Schatzmeister, und der Herr **Kuhlwein**, Premierlieutenant im 2. Leib-Husarenregiment und Adjutant der 9. Division, zum Generalsekretär gewählt worden. Die ersten Rennen rc. finden am 2. und 3. Juni in **Breslau** statt; die Bestimmung der übrigen Rennplätze bleibt weiterer Beschlußnahme vorbehalten. Die wichtigsten Paragraphen des Statuts sind die folgenden:

§. 2.

Jedem Offizier des V. und VI. Armeekorps, der Linie und Landwehr, gleichviel welcher Waffe, ist der Eintritt durch schriftliche Anmeldung beim Vorstand gestattet; ebenso sind die im Bereiche der genannten Armeekorps stehenden Offiziere der Garde, inkl. Landwehr, zum Eintritt berechtigt.

§. 4.

Der Austritt geschieht durch schriftliche Abmeldung beim Vorstand zu jeder Zeit.

§. 5.

Der Beitrag besteht aus Einem Thaler Eintrittsgeld und 10 Silbergroschen monatlich, quartaliter postnumerando an den Vorstand zu zahlen.

§. 6.

Der Zweck des Vereins ist: Den Sinn für Reiterei bei den Offizieren zu heben und zu kräftigen durch: Jagdrennen, Hürdenrennen, Rennen auf freier Bahn und Produzirung von Kampagnepferden.

§. 14.

Reiter: Mitglieder des Vereins; es muß in Uniform geritten werden.

§. 15.

Bei den Rennen dürfen nur Pferde konkurriren, welche bona fide im Besitze eines Mitgliedes des Vereins, und in dem Jahre, in welchem sie laufen, weder in Trainers Hand gewesen, noch unter einem Jockey gestartet haben. Sie müssen mindestens während der letzten drei Monate vor dem Rennen durch den Besitzer selbst, oder durch dessen eigene Leute, jedenfalls aber in seinem Stalle vorbereitet sein. Pferde, die in einem Rennen 100 Louisd'or und darüber gewonnen haben, sind ausgeschlossen.

§. 16.

Einsätze dürfen nicht über einen Dukaten betragen, und werden aus der Kasse des Vereins grundsätzlich nur Ehrenpreise gegeben.

Glogau, 12. Mai 1861.

(gez.) **Kuhlwein**,
Premierlieutenant und Divisionsadjutant.

Dachpappen

aus den **renommirten Fabriken** der Herren **Albert Daucke & Co.** und des Herrn **T. L. Stuhr** in Berlin verkaufe ich zu Fabrikpreisen und **übernehme die komplete Eindeckung** von **Dächern** unter **Garantie**.

Rudolph Rabsilber, Spediteur.
Breitestr. 20.

---

100 Stück 2- bis 3jährige Mutterschafe werden zu kaufen gesucht.

Garby bei Schwersenz.

Lehmann.

Schafscheeren

empfiehlt **C. Preiss**, Neuestrasse 3.

Die Handlung von **August Klug**,
Breslauerstraße Nr. 3,

empfiehlt ihr Lager **englischer Sättel**, Zäume, Trensen, Martingals, Filz- und Tuchschabraken, Pferdedecken, engl. und Staneitscher Fahr-, Reit- und Hetzpeitschen, Gebisse und Sporen aller Art, in Stahl und Neusilber, so wie auch Hand- und Reisekoffer, Geldtaschen, und alle zur Reise erforderlichen Gegenstände in größter Auswahl und zu möglichst billigen Preisen.

Echt pers. Insektenpulver

in Fl. à 6, 3 und $1\frac{1}{2}$ Sgr., von sicherer Wirkung gegen Flöhe, Wanzen, Ameisen, Motten, Schwaben und jedes andere Ungeziefer, ist allein echt zu haben in der Weißwaarenhandlung bei

S. Spiro in **Posen**, Markt 87.

Die Weinhandlung en gros und en détail
von
Jacob Tichauer,

Mittelstraße 31, gegenüber dem Rathskeller, empfiehlt ihr bedeutendes Lager **nur rein gehaltener Ungarweine** geneigter Beachtung.

Um mir meinen Umzug von hier möglichst zu erleichtern, verkaufe ich meine Weinbestände zu ganz ermäßigten Preisen.

Bei Partien und Komptant die äußerst billigen Preise.

Sehr alter schöner Cognac pro $\frac{3}{4}$ Bout. 26 Sgr., Rums und Araks in vorzüglicher Güte, Letzterer pro $\frac{3}{4}$ Bout. 16 Sgr.

Carl Schipmann.

Bordeaux-Weine von $12\frac{1}{2}$ Sgr. und **Rhein-Weine** von 10 Sgr. ab pr. Flasche empfiehlt **Jacob Tichauer.**

(Beilage.)

Aufkündigung
von Rentenbriefen der Provinz Posen.

In der heute öffentlich bewirkten Ausloosung der zum **1. Oktober 1861** zu tilgenden Rentenbriefe der Provinz Posen sind die in dem nachstehenden Verzeichnisse **a.** aufgeführten Littern und Nummern gezogen worden, welche den Besitzern unter Hinweisung auf die Vorschriften des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 §. 41 u. ff. **„zum 1. Oktober 1861“** mit der Aufforderung gekündigt werden, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe in kursfähigem Zustande, mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinskupons **Serie II. Nr. 7 bis 16,** von dem gedachten Kündigungstage an, auf unsrer Kasse in Empfang zu nehmen.

Die gekündigten Rentenbriefe können unserer Kasse auch mit der Post, aber frankirt und unter Beifügung einer nach folgendem Formulare:

„..... Thlr.
„buchstäblich ..... Thaler Valuta für d ..
„zum 1. ..... 18.. gekündigten Posener
„Rentenbrief ..
Litt. ... Nr. ..... über ... Thlr.
„habe ich aus der königlichen Rentenbank-
„Kasse in Posen baar gezahlt erhalten.“
(Ort, Datum und Unterschrift.)

ausgestellten Quittung eingesendet und die Uebersendung der Valuta kann auf gleichem Wege, jedoch nur auf Gefahr und Kosten des Empfängers, beantragt werden.

Zugleich werden die bereits früher ausgeloosten, aber noch rückständigen, in dem nachfolgenden Verzeichnisse **b.** aufgeführten Rentenbriefe der Provinz Posen hierdurch wiederholt aufgerufen und deren Besitzer aufgefordert, den Kapitalbetrag dieser Rentenbriefe zur Vermeidung weitern Zinsverlustes und künftiger Verjährung unverweilt in Empfang zu nehmen.

Posen, den 15. **Mai** 1861.

Königliche Direktion der Rentenbank für die Provinz Posen.

a. Verzeichniß
der am 15. Mai 1861 ausgeloosten und am 1. Oktober 1861 fälligen Posener Rentenbriefe:

Nr.	Nr.	Nr.	Nr.	Nr.	Nr.
Litt. A. zu 1000 Thlr. 28 Stück.					
181	775	2187	3679	5085	7127
350	993	2263	4002	5818	7324
506	1025	2514	4415	6354	7329
597	1806	2825	4567	6636	
680	1886	3012	5071	7046	
Litt. B. zu 500 Thlr. 7 Stück.					
208	797	914	990	1386	1853
336					
Litt. C. zu 100 Thlr. 27 Stück.					
75	591	1052	1691	4108	6002
234	758	1200	1766	5235	6557
343	789	1393	1807	5474	
508	902	1541	3280	5833	
534	995	1680	3946	5921	
Litt. D. zu 25 Thlr. 21 Stück.					
42	377	659	1272	2213	4905
114	383	724	1936	2683	
286	415	848	2051	2880	
291	627	888	2090	2954	

Nr.	Nr.	Nr.	Nr.	Nr.	Nr.
Litt. E. zu 10 Thlr. 500 Stück.					
44	1513	2277	3031	3712	4399
65	1514	2294	3033	3725	4460
117	1516	2296	3043	3730	4465
165	1517	2343	3057	3745	4467
203	1548	2344	3069	3761	4548
236	1555	2345	3111	3791	4550
265	1562	2406	3128	3805	4551
294	1569	2433	3133	3843	4553
418	1584	2436	3146	3845	4592
419	1585	2440	3148	3848	4641
472	1589	2447	3149	3853	4652
538	1597	2457	3166	3858	4653
559	1620	2475	3186	3879	4659
572	1622	2478	3203	3881	4664
897	1627	2482	3211	3895	4669
928	1637	2483	3224	3913	4675
1044	1642	2498	3226	3923	4685
1057	1663	2502	3229	3925	4691
1062	1667	2528	3248	3926	4698
1073	1673	2531	3260	3971	4726
1074	1689	2533	3262	3972	4730
1079	1705	2539	3295	3986	4740
1082	1719	2572	3298	4016	4755
1107	1724	2585	3306	4049	4774
1123	1733	2602	3312	4051	4777
1125	1743	2606	3316	4061	4779
1157	1767	2641	3319	4064	4795
1158	1781	2671	3320	4067	4802
1162	1807	2679	3323	4069	4826
1180	1810	2698	3339	4074	4839
1184	1815	2715	3371	4086	4846
1187	1826	2744	3372	4122	4848
1217	1835	2762	3390	4160	4849
1244	1849	2771	3404	4165	4851
1247	1877	2780	3407	4175	4875
1250	1901	2805	3416	4184	4885
1252	1941	2810	3432	4192	4890
1255	1954	2814	3438	4212	4960
1258	1960	2831	3448	4216	4961
1263	1968	2857	3455	4222	4973
1294	1969	2863	3478	4233	4983
1313	1979	2865	3494	4240	4989
1326	1992	2868	3501	4246	5005
1332	1994	2888	3512	4251	5008
1338	2010	2890	3513	4257	5031
1340	2034	2923	3517	4270	5043
1351	2041	2925	3524	4286	5045
1360	2047	2926	3530	4309	5066
1368	2053	2953	3536	4321	5071
1370	2063	2956	3565	4328	5073
1375	2084	2964	3573	4329	5075
1402	2088	2984	3589	4331	5083
1426	2101	2988	3605	4362	5091
1438	2107	2993	3607	4370	5101
1452	2108	2996	3620	4372	5104
1482	2143	2998	3652	4373	5106
1499	2175	3011	3655	4386	5115
1501	2179	3013	3684	4393	5147
1507	2264	3015	3691	4394	5150
Noch Litt. E. zu 10 Thlr.					
5162	5433	5710	5963	6305	6527
5189	5450	5735	5975	6321	6536
5198	5454	5742	5984	6326	6569
5211	5465	5746	6012	6335	6571
5230	5466	5756	6017	6340	6573
5237	5469	5766	6026	6344	6577
5248	5496	5772	6036	6348	6629
5252	5504	5778	6039	6350	6641
5253	5509	5799	6054	6365	6652
5285	5510	5816	6057	6368	6666
5297	5514	5818	6068	6404	6696
5302	5521	5823	6114	6413	6699
5337	5535	5825	6162	6417	6700
5338	5542	5841	6165	6427	6706
5342	5550	5854	6180	6436	6708
5344	5560	5855	6188	6429	6741
5352	5571	5881	6192	6440	6743
5369	5589	5882	6195	6459	6746
5370	5598	5886	6232	6475	6747
5371	5608	5906	6240	6482	6782
5398	5612	5909	6252	6489	6836
5399	5636	5924	6270	6499	
5405	5637	5935	6290	6509	
5406	5673	5943	6298	6522	
5408	5696	5950	6303	6525	

b. Verzeichniß
der bereits früher ausgeloosten, aber noch rückständigen Posener Rentenbriefe und zwar aus den Fälligkeitsterminen:

Vom 1. Oktober 1856.
Littr. D. à 25 Thlr.: Nr. 551;

Vom 1. Oktober 1857.
Littr. E. à 10 Thlr.: Nr. 577. 598. 722. 743. 773. 862. 935. 1908. 4001. 4445;

Vom 1. April 1858.
Littr. E. à 10 Thlr.: Nr. 138. 230. 306. 446. 461. 502. 728. 959. 960. 2340. 2833. 4442. 4480;

Vom 1. Oktober 1858.
Littr. E. à 10 Thlr.: Nr. 175. 460. 571. 990. 1043. 1814. 3014. 4168;

Vom 1. April 1859.
Littr. A. à 1000 Thlr.: Nr. 4730. 6915; Littr. C. à 100 Thlr.: Nr. 816; Littr. D. à 25 Thlr.: Nr. 1583. 2662. 3895. 4221; Littr. E. à. 10 Thlr.: Nr. 4. 72. 93. 147. 160. 307. 401. 445. 500. 613. 631. 746 751. 757. 771. 806. 855. 991. 1004. 1042. 1270. 1424. 1755. 1756. 1882. 1894. 1966. 2185. 2226. 2250. 2519 2710. 2731. 3116. 3888. 3930. 4037. 4142. 4210. 4211. 4278. 4484. 4630. 4643. 4794. 4948. 5023. 5048. 5645. 5777. 5955. 6112. 6117. 6145. 6200. 6415.

Vom 1. Oktober 1859.
Litt. A. à 1000 Thlr.: Nr. 262. 455; Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 143. 455. 1135. 1440. 1684; Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 302. 4293. 4893; Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 36. 41. 133. 169. 275. 302. 305. 364. 417. 449. 482. 537. 541. 573. 673. 736. 741. 742. 772. 851. 910. 981. 987. 998. 1001. 1026. 1033. 1036. 1041. 1104. 1191. 1223. 1417. 1420. 1628. 1682. 1889. 1939. 1953. 1990. 2104. 2106. 2136. 2282. 2451. 2486. 2522. 2600. 2677. 2716. 2752. 2858. 2884. 2895. 2907. 2924. 2951. 3017. 3054. 3188. 3190. 3314. 3708. 3713. 3772. 3786. 3947. 4018. 4146. 4170. 4177. 4225. 4344. 4356. 4444. 4448. 4475. 4610. 4624. 4666. 4765. 4787. 4803. 4922. 4938. 5018. 5067. 5093. 5142. 5231. 5304. 5379. 5422. 5457. 5527. 5553. 5561. 5711. 5783. 5879. 5921. 5929. 6156. 6430. 6431. 6488. 6531;

Vom 1. April 1860.
Litt. A. à 1000 Thlr.: Nr. 1403. 3455. 6712; Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 360. 491. 590. 1634. 2140. 4235. 4319. 7088; Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 2074. 3005; Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 50. 66. 83. 113. 145. 171. 194. 219. 258. 269. 286. 350. 376. 397. 527. 543. 554. 558. 560. 607. 626. 643 708. 709. 748. 834. 902. 972. 1035. 1192. 1228. 1315. 1362. 1524. 1546 1671. 1711. 1795. 1801. 1928. 1975. 2105. 2159. 2181. 2258. 2274. 2331 2358. 2361. 2401. 2452. 2458. 2503 2558. 2665. 2673. 2755. 2785. 2804. 2864. 2976. 2992. 3028. 3123. 3240. 3249. 3267. 3342. 3475. 3507. 3538. 3597. 3644. 3645. 3658. 3700. 3740. 3833. 3957. 3960. 3993. 3994. 4000 4056. 4080. 4099. 4143. 4166. 4182. 4214. 4325. 4355. 4401. 4443. 4481. 4491. 4560. 4656. 4731. 4862. 4869. 4947. 4963. 5077. 5165. 5183. 5228. 5258. 5308. 5317. 5320. 5419. 5468. 5508. 5564. 5629. 5664. 5708. 5878. 5900. 5905. 5922. 5933. 6148. 6228. 6231. 6614. 6621;

Vom 1. Oktober 1860.
Litt. A à 1000 Thlr: Nr. 1086. 7472; Litt. B. à 500 Thlr.: Nr. 49; Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 105. 213. 431. 1172. 1477. 1585. 1866. 2478. 5644, Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 656. 696. 878. 1940. 3839. 5365; Litt. E à 10 Thlr.: Nr. 190. 466. 644. 670. 852. 903. 1154. 1204. 1231. 1276. 1461. 1472. 1479. 1490. 1520. 1565. 1603. 1784. 1794. 1799. 1880. 1904. 1912. 2031. 2052. 2075. 2087. 2090. 2091. 2260. 2280. 2293. 2395. 2538. 2587. 2588. 2605. 2621. 2624. 2659. 2758. 2774. 2778. 2824. 2909. 2968. 3094. 3161. 3237. 3242. 3251. 3288. 3338. 3341. 3394. 3429. 3445. 3531. 3571. 3591. 3595. 3635. 3654. 3660. 3696. 3770. 3837. 4028. 4055. 4079. 4097. 4136. 4384. 4400. 4483. 4599. 4646. 4657. 4784. 4828. 4904. 4914. 4935. 4971. 4992. 5014. 5061. 5134. 5163. 5202. 5204. 5206. 5245. 5295. 5319. 5336. 5412. 5416. 5446. 5479. 5526. 5593. 5618. 5657. 5713. 5775. 5806. 5847. 5936. 5937. 6035. 6046. 6047. 6237. 6286. 6358. 6456. 6464. 6465. 6511. 6512. 6594. 6609. 6644. 6663. 6670. 6680. 6681. 6684;

Vom 1. April 1861.
Litt. A. à 1000 Thlr.: Nr. 426. 578. 658. 694. 972. 1133. 1504. 1686. 6617. 7874. 8372; Litt. B. à 500 Thlr: Nr. 730; Litt. C. à 100 Thlr.: Nr. 451. 550. 689. 1438. 1609. 1979. 3736. 4709. 5747. 6077. 6353. 6784. 7294; Litt. D. à 25 Thlr.: Nr. 44. 583. 716. 873. 901. 925. 1129. 1443. 1939. 4528; Litt. E. à 10 Thlr.: Nr. 67. 150. 210. 332. 354. 470. 606. 881. 1051. 1114. 1116. 1127. 1168. 1179. 1199. 1206. 1218. 1226. 1230. 1369. 1392. 1422. 1459. 1468. 1477. 1498. 1519. 1525. 1563. 1601. 1616. 1670. 1675. 1691. 1734. 1763. 1800. 1862. 1890. 1951. 2004. 2008. 2050. 2067. 2097. 2118. 2125. 2156. 2182. 2184. 2224. 2268. 2295. 2303. 2316. 2368. 2393. 2411. 2453. 2454. 2542. 2601. 2683. 2696. 2703. 2740. 2786. 2821. 2838. 2850. 2874. 3005. 3062. 3066. 3088. 3096. 3155. 3183. 3225. 3227. 3233. 3274. 3282. 3290. 3292. 3310. 3311. 3325. 3329. 3383. 3406. 3411. 3412. 3446. 3477. 3498. 3556. 3558. 3559. 3611. 3692. 3707. 3715. 3748. 3758. 3779. 3814. 3856. 3874. 3979. 3997. 4023. 4043. 4050. 4085. 4105. 4121. 4126. 4144. 4220. 4239. 4276. 4330. 4333. 4340. 4352. 4353. 4360. 4407. 4524. 4533. 4647. 4655. 4662. 4699. 4714. 4727. 4728. 4739. 4786. 4793. 4798. 4840. 4866. 4923. 4937. 4942. 4950. 4979. 5009. 5015. 5126. 5129. 5131. 5152. 5177. 5203. 5226. 5243. 5261. 5280. 5314. 5315. 5316. 5334. 5367. 5368. 5372. 5374. 5378. 5402. 5420. 5431. 5448. 5484. 5519. 5537. 5567. 5581. 5590. 5622. 5632. 5656. 5680. 5689. 5690. 5781. 5798. 5840. 5852. 5899. 5907. 5919. 5942. 5970. 5972. 6119. 6138. 6256. 6265. 6266. 6308. 6369. 6471. 6476. 6532. 6631. 6649. 6739.

Edle Menschenfreunde werden dringend gebeten, einer Tischlerfrau, Halbdorfstraße Nr. 10 B., zwei Treppen hoch, in ihrer bedürftigen Lage Hülfe zu leisten, da sie unlängst von Zwillingen entbunden, ihr Mann aber schon seit längerer Zeit kränklich ist, und sie der nothdürftigsten Unterhaltsmittel entbehren.

Ein Menschenfreund.

Familien-Nachrichten.

Fern vom elterlichen Hause beschloß zu **Köln** am Rhein nach langen Leiden an einem Brustübel in der Nacht zum 15. d. M. unser ältester Sohn, der Regierungsassessor **Adolph von Massenbach,** im 35. Jahre seines Alters sein uns so theures Leben. Tief betrübt, bitten wir um stille Theilnahme ergebenst.

Posen, 16. Mai 1861.

von Massenbach,
Geheimer Oberfinanzrath und Provinzial-Steuerdirektor.
Louise von Massenbach, geb. **Bon.**

Die glückliche Entbindung meiner lieben Frau **Fanny** geb. **Goldstücker** von einem kräftigen Knaben zeige ich statt jeder besondern Meldung hierdurch ergebenst an.

Posen, den 15. Mai 1861.

M. Königsberger.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Berlin: Frl. A. Rodbertus mit Lieutenant O. v. d. Osten-Warnitz; Fürstenfelde: Fräul. B. Kruemling mit Herrn A. Ritthausen; Frankenstein: Frl. A. Denzer mit Hrn. Salarienkassenrend. Riedel; Tarnowitz: Frl. A. Perschky mit Herrn Oberger.-Assessor Drolshagen; Breslau: Frl. Elfriede Stoller mit Bankier Schreyer; Breslau: Frl. A. v. Lagerström mit Kollaborator John.

Verbindungen. Berlin: Frl. E. M. A. Kranichfeld mit Pastor Höhne in Treuenbrietzen; Prenzlau: Frl. Joh. Kencke mit Premierlieut. Schmieden; Alt-Kranz: Frl. Elisab. Reinsch mit Pastor T. Witte; Speck bei Waren, Mecklenb.-Schwerin: Frl. Therese v. Haugwitz mit Hauptmann Paul v. Studnitz; Berlin: Frl. K. Leonhardt mit dem Sek. Lieutenant J. v. Balluseck.

Geburten. Ein Sohn dem Freiherrn v. Wackerbarth in Rathenow, dem Herrn v. Pressentin in Willkamm, dem Freiherrn v. Eckardstein zu Schloß Löwen, dem Pastor Hentschel in Gantzer, dem Hrn. W. Flügge in Speck, dem k. Oberförster Heym zu Magdeburgerfort, der Frau v. Rohr-Holzhausen zu Potsdam; eine Tochter dem Pfarrer E. Knopff zu Neuendorf bei Brück.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 15. Mai 1861.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½% Staats-Schuldsch.	—	87⅝	—
„ 4 „ Staats-Anleihe	—	—	—
„ 4½ „ „ „	102¼	—	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	—	—	—
Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855	—	120¼	—
Posener 4 % Pfandbriefe	—	—	—
„ 3½ „ „	—	95¼	—
„ 4 „ neue „	—	91⅜	—
Schles. 3½ % Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ „ „	—	—	—
Poln. 4 „ „	85⅛	—	—
Posener Rentenbriefe	—	94	—
„ 4% Stadt-Oblig. II. Em.	—	—	—
„ 5 „ Prov. Obligat.	—	98¾	—
„ Provinzial-Bankaktien	83	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
„ Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	86⅝	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

In der gestrigen Notiz soll es statt Posener 4% Pfandbriefe 95 Gd., heißen: Posener 3½% Pfandbriefe 95 Gd., und statt Schles. 3½% Pfandbr. 91⅛ Gd., heißen: Posener 4% neue Pfandbr. 91⅛ Gd.

Roggen flau, pr. Mai-Juni 44¼ Br., 44 Gd., Juni-Juli 44 Br. u. Gd., Juli-August 44½ Br.

Spiritus weichend, mit Faß pr. Mai 18¼ Br. u. Gd., Juni 18⅓ Gd., 5/12 Br., Juli 18⅜ Br., 7/12 Gd., Aug. 18⅞ Gd., 11/12 Br., Sept. 19 Br.

Wasserstand der Warthe:
Posen am 15. Mai Vorm. 8 Uhr 5 Fuß — Zoll.
„ 16. „ „ „ 4 „ 11 „

Produkten-Börse.

Berlin, 15. Mai. Wind: O.-N.-O. Barometer: 28^4. Thermometer: früh 7° +. Witterung: bedeckte kühle Luft.

Weizen loko 71 a 86 Rt.

Roggen loko 49 a 49½ Rt., p. Frühj. 48¾ a 48 Rt. bz., p. Mai-Juni 48⅜ a 47⅞ Rt. bz., 47¾ Br., 47½ Gd., p. Juni-Juli 48½ a 47¾ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juli-Aug. 48¾ a 48 Rt. bz. u. Br., 47¾ Gd., p. Sept.-Okt. 49½ a 49 a 49¼ a 49 Rt. bz., p. Okt.-Nov. 49½ a 49 a 49¼ Rt. bz.

Große Gerste 38 a 44 Rt.

Hafer loko 24 a 27 Rt., p. Frühj. 26⅞ Rt. bz. u. Br., p. Mai-Juni 26½ a 26¼ Rt. bz., p. Juni-Juli 26½ a 26¼ Rt. bz., p. Juli-Aug. 26½ a 26¼ Rt. bz., p. Sept.-Okt. 25¾ Rt. bz.

Rüböl loko 11¾ Rt. Br., p. Mai 11⅞ Rt. bz. u. Br., 11⅔ Gd., p. Mai-Juni 11¾ Rt. bz. u. Br., 11⅔ Gd., p. Juni-Juli 11 10/24 Rt. bz. u. Br., 11¾ Gd., p. Juli-Aug. 11¾ Rt. Br., p. Sept.-Okt. 12 7/24 a 12¼ Rt. bz. u. Gd., 12 Br.

Spiritus loko ohne Faß 18¾ a 18 17/24 Rt. bz., p. Mai 19 a 18 11/12 Rt. bz. u. Gd., 19 Br., p. Mai-Juni 19 a 18 11/12 Rt. bz. u. Gd., 19 Br., p. Juni-Juli 19⅙ a 19 Rt. bz. u. Gd., 19 1/12 Br., p. Juli-Aug. 19⅓ a 19¼ a 19⅓ Rt. bz. u. Br., 19¼ Gd., p. Aug.-Sept. 19 7/12 a 19½ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Sept.-Okt. 19 5/12 a 19⅓ Rt. bz. u. Br., 19⅓ Gd., p. Okt.-Nov. 18⅔ a 18½ Rt. bz.

Weizenmehl 0. 5¼ a 5½, 0. u. 1. 4⅔ a 5¼ Rt. Roggenmehl 0. 3 7/12 a 3⅚, 0. u. 1. 3⅙ a 3½ Rt. (B. u. H. Z.)

Stettin, 15. Mai. Wetter: klare Luft, windig. Wind: N.-O. + 13° R.

Weizen loko gelber p. 85pfd. nach Qualität 73—88¾ Rt. bz., bunter poln. 81pfd. 81⅛ Rt. p. 85pfd. bz., 85pfd. gelber p. Mai-Juni 90 Rt. bz. u. Br., p. Juni-Juli 90 Rt. Gd., 83/85pfd. p. Mai-Juni u. Juni-Juli 85¼ Rt. Br., 85 Gd., p. Juli-Aug. 85¾, ⅝ Rt. bz.

Roggen loko p. 77pfd. 43½—45½ Rt. bz., 77pfd. p. Mai-Juni 45 Rt. bz., p. Juni-Juli 45¾, ½ Rt. bz., 45¾ Br., p. Juli-Aug. 47 Rt. Br., 46¾ Gd., p. Sept.-Okt. 47½ Rt. Br., 47 Gd., p. Okt.-Nov. 47½ Rt. Br.

Gerste und Hafer ohne Handel.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
76—86.	40—44.	34—40.	22—26.

Erbsen 40—44.

Kartoffeln 16 Sgr.
Heu 15—20 Sgr.
Stroh 5—6 Rt.

Rüböl loko 12⅛ Rt. Br., p. Mai-Juni do., p. Sept.-Okt. 12⅛, ¼, ⅛ Rt. bz. u. Br., 12¼ Gd.

Spiritus loko ohne Faß 19 1/12, ⅛ Rt. bz., p. Mai-Juni 19¼ Rt. bz., p. Juni-Juli 19⅓ Rt. Br. u. Gd., p. Juli-Aug. 19½ Rt. bz. u. Gd., p. Aug.-Sept. 19⅔ Rt. bz., 19¾ Gd., p. Sept.-Okt. 18⅞ Rt. bz. u. Gd. (Ostj. Ztg.)

Breslau, 15. Mai. Wetter: Trübe und kühl, bei Westwind.

Weißer Weizen 81—87—89—93, gelber 71—75—81—88 Sgr.
Roggen, 60—62—64—66 Sgr.
Gerste, 48—53—60 Sgr.
Hafer, 30—32—34 Sgr.
Erbsen 53—59—65 Sgr.
Winterraps 80—90—100 Sgr. nominell.
Kleesamen. Rother 11—12½—14½ Rt., weißer 8—10—13—15 Rt.
Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 % Tralles). 18⅔ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. Mai 50½ Br., Mai-Juni 49¾ Br., Juni-Juli 49½—¼ bz., Juli-Aug. 49¼ bz., Aug.-Sept. 49 bz., Sept.-Okt. 49¼—49 bz.

Rüböl loko 11⅞ Br., p. Mai u. Mai-Juni 11⅞ Br., Juni-Juli 11¾ Br., Juli-Aug. 11⅞ Br., Sept.-Okt. 12 Br. u. Gd.

Spiritus loko 18⅔ bz., p. Mai und Mai-Juni 18⅔ Br., Juni-Juli 18⅔ bz., Juli-Aug. 19 Br. u. Gd., Aug.-Sept. 19 bz., Sept.-Okt. 18½ Gd. (Br. Hdlsbl.)

Wollbericht.

Wien, 13. Mai. In diesem Artikel ist es hier im Laufe voriger Woche ganz still geblieben und fand kein Geschäft statt. Auf den Wollmärkten zu Topoltschan und Loschonz waren Käufer aus Pesth, von hier, Prag und Breslau, auch böhmische Fabrikanten. Da aber wegen der kalten Witterung noch wenig geschoren werden konnte, war nicht viel Zweischur auf den Plätzen. Die Preise stellten sich in Topoltschan von Fl. 120—135 und in Loschonz von Fl. 135-145, feine Herrschaftszweischuren von Fl. 150—162.

Pesth, 11. Mai. [Schafwolle.] In dieser Woche wurden circa 400 Ztr. Theiß-Zweischur-Sommerwolle für ärarischen Bedarf zu früheren Preisen aus dem Markte genommen.

Hopfen.

München, 11. Mai. Hopfen wenig Vorrath. Neue Holledauer Waare 220—230 Fl., dito Spalter Stadtgut 240—260 Fl., dito Spalter Umgegend 240—260 Fl., dito Fränkische Landwaare 170—200 Fl. pro 112 Zollpfd.

Poperinghe, 10. Mai. Hopfen 100 Fr. pr. 50 Kil.

Telegraphischer Börsenbericht.

Hamburg, 15. Mai. Weizen loko sehr fest. Roggen loko matt, ab Ostsee unverändert und stille. Oel Mai 24⅝, Oktober 25⅛. Kaffee 3000 Sack Santos schwimmend 6 7/16. 2000 Sack Laguyra 6 15/16—7½. Zink 2000 Ztr. Juni 11 19/32, 1000 Ztr. Juli-August 11⅝.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 15. Mai 1861.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	76-76½ bz
Aachen-Mastricht	4	20⅝ bz
Amsterd. Rotterd.	4	80¼ bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	92 bz
do. Lt. B.	4	79½ G
Berlin-Anhalt	4	124½-23¾ bz
Berlin-Hamburg	4	116½ B
Berl. Potsd. Magd.	4	139 B
Berlin-Stettin	4	115¾ bz
Bresl. Schw. Freib.	4	101½ bz
Brieg-Neiße	4	48½ B
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	150½-150 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	34 bz
do. Stamm-Pr.	4½	74½ bz u G
do. do.	4	80 bz u G
Löbau-Zittauer	5	25 G
Ludwigshaf. Berb.	4	134 bz
Magdeb. Halberst.	4	225 bz
Magdeb. Wittenb.	4	40¾ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	102¾-105-4 bz
Mecklenburger	4	47¼-47 bz
Münster-Hammer	4	93¾ G
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	96¼ bz
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	45⅛-45 bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	122 bz
do. Litt. B.	3½	109½ G
Oest. Franz. Staat.	5	134½-133½ bz
Oppeln-Tarnowitz	4	34½ bz
Pr. Wlh. (Steel-B)	4	55 B
Rheinische,	4	83¼ bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	22 bz
Ruhrort-Crefeld	3½	77½ G
Stargard-Posen	3½	84½ G
Thüringer	4	107¾ bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	114 G
Berl. Handels-Ges.	4	80 G
Braunschw. Bk. A.	4	68½ bz
Bremer do.	4	98¼ G
Coburg. Kredit-do.	4	48 G
Danzig. Priv. Bk.	4	90 B
Darmstädter abgst.	4	73¾-½ bz
do. Ber. Scheine	4	— —
do. Zettel-B. A.	4	95 B
Dessauer Kredit-do.	4	13½-12½ bz u B
Dessauer Landesbk.	4	23¾ bz
Disk. Comm. Anth.	4	85¾ B
Genfer Kred. Bk. A.	4	26⅜ bz
Geraer do.	4	69 G
Gothaer Priv. do.	4	69½ B
Hannoversche do.	4	92 G
Königsb. Priv. do.	4	84½ G
Leipzig. Kredit-do.	4	62½ etw bz u G
Luxemburger do.	4	82½ B
Magdeb. Priv. do.	4	79 G
Meining. Kred. do.	4	71 B
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	86½ B, 86 G [G
Oestr. Kredit- do.	5	63-63¾-63 bz u
Pomm. Ritt. do.	4	71 G
Posener Prov. Bank	4	82¾ B
Preuß. Bank-Anth.	4½	124¼ G
Rostocker Bank Akt.	4	105½ G
Schles. Bank Verein	4	81 bz
Thüring. Bank-Akt.	4	54 B
Vereinsbank, Hamb.	4	100 B
Waaren-Kred. Anth.	5	— —
Weimar. Bank-Akt.	4	73 etw bz u G

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A.	5	94¾ G
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	56½ G
Hörder Hüttenv. Ak.	5	66 B
Minerva, Bergw. A.	5	18½ G
Neustädt. Hüttenv. A.	5	4 G
Concordia	4	104 G
Magdeb. Feuerverf. A.	4	425 B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	85½ bz
do. II. Em.	4	85 B
do. III. Em.	4½	89 bz
Aachen-Mastricht	4½	66½ B
do. II. Em.	5	64 bz
Bergisch-Märkische	5	103½ G
do. II. Ser.	5	103¼ bz IV 101½ bz
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	80 bz
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	86 G
do. II. Ser.	4½	94¼ G
Berlin-Anhalt	4	97¾ B
do.	4½	101½ G
Berlin-Hamburg	4½	103⅛ G
do. II. Em.	4½	— —
Berl. Pots. Mg. A.	4	94¾ B B. 95¾ G
do. Litt. C.	4½	101¼ bz
do. Litt. D.	4½	101 bz
Berlin-Stettin	4½	101¼ G
do. II. Em.	4	90½ bz
do. III. Em.	4	90¼ G
Bresl. Schw. Freib.	4½	99 B
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	101½ G
do. II. Em.	5	104 G
Cöln-Minden	4	90 G
do. III. Em.	4	87 G
do.	4½	96¾ G
do. IV. Em.	4	87½ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	84½ B
do. III. Em.	4½	— —
Magdeb. Wittenb.	4½	95½ bz
Niederschles. Märk.	4	95¼ G
do. conv.	4	94½ G
do. conv. III. Ser.	4	91¾ bz
do. IV. Ser.	5	100½ bz
Nordb., Fried. Wilh	4½	100¾ G
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	82 G, C. 90¼ G
do. Litt. D.	4	90¼ G
do. Litt. E.	3½	79 G
do. Litt. F.	4½	97¼ bz
Oestreich. Französ.	3	255½ bz
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	101¼ bz, II. 99¾ G
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	86¾ G
do. v. Staatgarant.	3½	81½ G
Rheinische Pr. Obl.	4½	92 B
Rh. Nhe-Pr. v. St. g	4½	95½ bz
Ruhrort-Crefeld	4½	93 G
do. II. Ser.	4	83 G
do. III. Ser.	4½	89¾ G
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4½	102 G II. 104¾ [G
do. III. Ser.	4½	101¼ G
do. IV. Ser.	4½	100½ bz

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	102⅛ bz
Staats Anl. 1859	5	106¾ bz
do.	4½	102¼ bz
do. 1856	4½	102¼ bz
do. 1853	4	97¼ G
N. Präm St A 1855	3½	120¾ bz
Staats-Schuldsch.	3½	87⅞ bz
Kur- u Neum. Schldv	3½	87⅛ bz
Berl. Stadt-Oblig.	4½	102 G
do. do.	3½	84 bz
Berl. Börsenh. Obl.	5	104¾ G
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	92 G
do.	4	100¾ B
Ostpreußische	3½	86 G
do.	4	95½ bz
Pommersche	3½	89 G
do. neue	4½	99⅛ G
Posensche	4	101⅛ bz
do.	3½	95¼ G
do. neue	4	91½ bz
Schlesische	3½	89¾ G
B. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	84¼ G
do.	4	95¼ bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	98¼ bz
Pommersche	4	97⅜ bz
Posensche	4	94¼ bz
Preußische	4	97⅜ bz
Rhein- u. Westf.	4	96¾ bz
Sächsische	4	98¼ G
Schlesische	4	97¾ bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	49¾-50-49¾ bz
do. National-Anl.	5	57¾-58¼-57¾ bz
do. 250fl. Präm. O.	4	65 bz u G
do. neue 100fl. Loose	—	56 bz
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	87¾ G
6. do.	5	100½ B
Englische Anl.	5	102½ B 4½%
N. Russ. Egl. Anl.	3	61¾-62 bz [90¼ G
Polnische: Poln. Schatz-O.	4	80 bz
Cert. A. 300 Fl.	5	93¼ bz
do. B. 200 Fl.	—	23 G
Pfdbr. u. in S R.	4	85¼ bz u B
Part. O. 500 Fl.	4	92 bz
Oestr. 5proz. Loose	5	63½-¼ bz
Hamb. Pr. 100 BM	—	93¼ G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	49½ etw bz
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	30½ etw bz
Dessau. Präm. Anl.	3½	98½ etw bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 5½ G
Louisd'or	—	109⅜ bz
Sovereigns	—	6. 21¼ G
Napoleonsd'or	—	5. 9¼ bz u G
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 457 bz
Dollars	—	1. 12⅞ G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 21 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅜ bz
Fremde Banknot.	—	99¼ G
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅘ bz
Fremde kleine	—	99½ G
Oestr. Banknoten	—	72¾ bz
Poln. Bankbillet	—	86⅞ bz

Wechsel-Kurse vom 14. Mai.

Amsterd. 250fl. kurz	3	142 bz
do. 2 M.	3	141⅛ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2½	150½ bz
do. do. 2 M.	2½	149⅞ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 19¾ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79⅓ bz
Wien öst. W. 8 T.	—	71¾ bz
do. do. 2 M.	6	71¼ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 20 G
Frank. 100 fl. 2 M.	3	56. 22 G
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99¾ bz
do. do. 2 M.	4	99 5/12 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	4	95¼ bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	109⅜ bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	86⅛ G
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

Die Haltung der heutigen Börse war flau.

Breslau, 15. Mai. Mattere Stimmung, besonders für östreichische Papiere, welche theils durch Gewinn-Realisationen, theils durch fixe Ausgebote sich drückten.

Schlußkurse. Diskonto-Komm.-Anth. 86 Br. Oestreichische Kredit-Bank-Aktien 62½-62 bz. Schlesischer Bankverein 80⅞-81 bz. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 102½ Br. dito Prior. Oblig. 89½ Gd. dito Prior. Oblig. 96¾ Gd. Köln-Mindener Prior. — Neisse-Brieger —. Oberschlesische Lit. A. und C. 123 Br. dito Lit. B. —. dito Prio. Oblig. 90½ Br. dito Prior. Oblig. Lit. F. 97¾ Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 79½ Br. Oppeln-Tarnowitzer 34 1/12 Br. Rheinische —. Kosel-Oderb. 34½ Br. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Prior.-Obl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Wien, Mittwoch, 15. Mai, Mittags 12 Uhr 30 Min. Mattere Stimmung.

5% Metalliques 69, 70. 4½% Metalliques 60, 00. Bankaktien 785. Nordbahn 206, 20. 1854er Loose 90, 50. National-Anlehen 80, 40. St. Eisenb. Aktien-Cert. 283, 00. Kredit-Aktien 176, 80. London 139, 50. Hamburg 105, 40. Paris 55, 50. Gold —. Elisabethbahn 178, 00. Lombardische Eisenbahn 200, 00. Kreditloose 116, 50. 1860er Loose 85, 00.

Frankfurt a. M., Mittwoch, 15. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Oestreichische Fonds und Aktien in Folge auswärtiger niedrigerer Notirungen merklich billiger gehandelt.

Schlußkurse. Staats-Prämien-Anleihe 119½. Preuß. Kassenscheine 105½. Ludwigshafen-Bexbach 133½. Berliner Wechsel 105⅝. Hamburger Wechsel 87⅞. Londoner Wechsel 117⅞. Pariser Wechsel 93⅛. Wiener Wechsel 84⅝. Darmstädter Bankaktien 185½. Darmstädter Zettelbank 234½. Meininger Kreditaktien 71. Luxemburger Kreditbank 87. 3% Spanier 48½. 1% Spanier 42¼. Span. Kreditbank Pereira 480. Span. Kreditbank v. Rothschild 525. Kurhess. Loose 49¾. Badische Loose 53½. 5% Metalliques 48½. 4½% Metalliques 43¼. 1854er Loose 63. Oestr. National-Anlehen 55¾. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 234. Oestr. Bankantheile 675. Oestr. Kreditaktien 147. Neueste östreichische Anleihe 63½. Oestr. Elisabethbahn 125¼. Rhein-Nahebahn 23. Hessische Ludwigsbahn 103½.

Hamburg, Mittwoch, 15. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Die Börse eröffnete flau und wurde am Schlusse fester.

Schlußkurse. Oestr. Franz. Staatsbahn —. National-Anleihe 57. Oestr. Kreditaktien 62½. 3% Spanier 45. 1% Spanier 39⅞. Stieglitz de 1855—. 5% Russen —. Vereinsbank 100½. Norddeutsche Bank 87⅞. Magdeburg-Wittenberg —. Nordbahn —. Diskonto —.

Paris, Mittwoch, 15. Mai, Nachmittags 3 Uhr. Die 3% eröffnete zu 69, 75, fiel auf 69, 50, und schloß hierzu in matter Haltung.

Schlußkurse. 3% Rente 69, 50. 4½% Rente 96, 30. 3% Spanier 48¾. 1% Spanier 42. Oestr. Staats-Eisenb. Akt. 508. Oestr. Kreditaktien —. Credit mobilier Akt. 710. Lomb. Eisenb. Akt. —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.